

Die BRD-Wirtschaft macht schlapp. Der Osten steckt in der Depression. Die „blühenden Landschaften“, die Kohl versprochen hatte, sind heute Industriegewüsten. Das einzige, was im Westen noch wächst, sind die Schulden und die finanziellen Belastungen für die Arbeitnehmer. Die kapitalistische Marktwirtschaft versagt auf ganzer Linie.

Jetzt fordern Bonn, Bosse und Bänker, daß wir den „Gürtel enger schnallen“: Lohnstopp, flexiblere Arbeitszeiten, neue Mehrwertsteuererhöhung, höhere Kfz-Besteuerung.

Doch wie soll man den Gürtel enger schnallen, wenn man am letzten Gürtelloch angekommen ist? Im Osten sind 3,2 Millionen ohne festen Arbeitsplatz (davon 1,2 Millionen offiziell arbeitslos). Im Westen gab es bereits 1982 über zwei Millionen SozialhilfeempfängerInnen und ebenso viele Arbeitslose, heute lebt im Westen jeder zehnte unter der Armutsgrenze, laut Caritas bald jeder vierte.

Seit der Währungsunion 1990 haben die westdeutschen Arbeitnehmer 73 Milliarden DM mehr Steuern und Abgaben bezahlt, die Unternehmer nur 17 Milliarden DM mehr (Franz Steinkühler in der *Frankfurter Rundschau*, 14.9.92). Westdeutsche Unternehmer hatten laut Bundesbankbericht Ende 1991 einen Rekordstand von 680 Milliarden DM flüssigen Mitteln angehäuft.

Ausländer als Sündenbock

Um die Bosse und die Reichen vor unserer Wut zu schützen, hat die Kohl-Regierung ein Ablenkungsmanöver gestartet: Wenn es zu wenig Wohnungen, zu wenig Arbeitsplätze und zu wenig Staatsknete gibt, dann gibt angeblich zu viele Ausländer-, Aussiedler- und AsylbewerberInnen. Vor allem die Flüchtlinge werden als Sündenbock für die sozialen Probleme benutzt.

Durch die Grundgesetzänderung im Asylrecht wird kein Arbeitsplatz geschaffen und keine Betriebsschließung verhindert. Durch eine Grundgesetzänderung wird es nicht einen Flüchtling weniger geben.

Die Zahl der Flüchtlinge wird noch weiter zunehmen, wenn die türkische Armee in ihrem Krieg gegen die Kurden weiter mit deutschen Waffen aus NVA-Beständen beliefert wird. Die drittgrößte Gruppe von Asylbewerbern kommt im Augenblick aus der Türkei.

Gegen den „Solidarpakt“ mit Kohl und Kapitalisten

Die Kohl-Regierung hat keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung. Von ihren 48,8 Prozent 1983 ist die CDU/CSU auf 36 Prozent im Westen, 27 Prozent im Osten (laut Infas-Umfrage vom September 1992) abgesackt.

Um politisch zu überleben, brauchen Kohl, Kinkel und ihr Grusel-Kabinet die Mithilfe von SPD- und Gewerkschaftsführung. Die jetzige SPD-Fraktion im Bundestag scheint zur Zeit zu allen Schandtaten bereit zu sein, zuletzt bei der Unterstützung von Seehofers „Gesundheitsreform“.

Aber auch die DGB-Führung ist zu einem „Solidarpakt“ bereit und führt Geheimverhandlungen mit Regierung und Unternehmern. Völlig undemokratisch setzt sich IG Metall-Chef Franz Steinkühler über die IG Metall-Beschlußlage hinweg, die jede „Konzertierte Aktion“ mit Regierung und Unternehmern ablehnt.

Mit dem „Solidarpakt“ wollen die Unternehmer ans Eingemachte.

Nein zum Solidarpakt mit Kohl und den Bossen!

Zielscheibe sind die von uns in langen Kämpfen durchgesetzten Rechte. Sie wollen Reallohnsenkungen, Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und längere Arbeitszeiten.

Statt mit Kohl und Kapital zusammenzuarbeiten, sollte der DGB die Zusammenarbeit der KollegInnen fördern und die dezentralen Aktionen gegen Kohl zentral zusammenfassen. Nötig ist ein gemeinsamer bundesweiter Protesttag aller Gewerkschaften gegen die Kohl-Regierung. Damit würden wir auch den KollegInnen im Stahlbereich den Rücken stärken, bei denen ab Oktober der nächste Tarifkampf ansteht und Arbeitsplatzabbau droht.

Wir brauchen keinen „Solidarpakt“ gegen unsere erkämpften Rechte und auch nicht gegen unsere ausländischen KollegInnen und gegen Flüchtlinge. Wir brauchen stattdessen einen Solidarpakt von deutschen und ausländischen Arbeitnehmern in Ost und West gegen die Unternehmer, die aus unserer Wohnungsnot und aus der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt Kapital schlagen. Dann könnte aus dem lauwarmer Herbst noch ein „Heißer Winter“ werden, der Bosse und Spekulanten ins Schwitzen bringt und die Regierung Kohl kippt.

Aron Amm, Stuttgart
Jungsozialist

Unser Anti-Kohl-Programm:
Seite 7



1000 Demonstranten, darunter diese Azubis der Jenoptik Gera, bereiten dem Bundeskanzler bei einem Besuch in Suhl einen würdigen Empfang

Mieterprotest in Berlin

„Wir zahlen nicht!“

Unter diesem Motto demonstrierten am 17. September 15.000 Mieter gegen die im Ostteil Berlins und im Rest von Ostdeutschland anstehenden Mieterhöhungen. Die Teilnehmer – ob 14-jährige Jugendliche, 80jährige Rentner oder kleine Ladenbesitzer – waren wütend und kampfbereit.

Bereits im Juli hatte sich die erste „Wir bleiben alle“ (WBA)-Initiative im Stadtteil Prenzlauer Berg formiert. Sie hatte zur ersten großen Mieterdemo am 8. Juli aufgerufen, an der 10.000 Menschen teilnahmen. Inzwischen gibt es auch eine Gruppe in Berlin-Friedrichshain.

Der Name dieser Initiative bezieht sich auf die drohende Zerstörung der gewachsenen Kiez-Strukturen, wenn die sozial Schwachen aus ihren Stadtteilen vertrieben und kleine Läden durch Supermarktketten verdrängt werden.

Alle Redner auf der Demo sagten klar: „Wir können nicht zahlen und wir werden nicht zahlen!“. Um deutlich zu machen, daß der Kampf gegen Mietwucher in Ost und West gemeinsam geführt werden muß, zog die Demonstration nach der Kundgebung vor dem Roten Rathaus zum Wittenbergplatz im Westteil der Stadt.

Uwe Nawroth, VORAN-Unterstützer, sprach auf der Kundgebung als Vertreter von *Jugend gegen Rassismus in Europa*. Er machte deutlich, wie der Rassismus benutzt wird, um von der Verantwortung von Regierung und Spekulanten für die Wohnungsnot abzulenken. Mit seinen Forderungen, unter anderem nach Enteignung der Immobilienspekulanten, war Uwe der Redner mit dem radikalsten Programm, was auch mit entsprechendem Applaus belohnt wurde.

Demonstrationen allein reichen nicht. Es müssen jetzt flächendeckend Mieterinitiativen aufgebaut werden, die einen massenhaften Mieterhöhungsboykott organisieren.

Schändlich ist die Rolle der SPD-Führung in Berlin. Als Teil der Großen Koalition ist sie selbst mitverantwortlich für Wohnungsnot und Mieterhöhungen. Kein Wunder, daß ein Walter Momper (SPD-Vorsitzender) nichts dabei findet, selbst eine Karriere in der Immobilienbranche zu starten.

Wir fordern von der SPD den Austritt aus der Großen Koalition und die konsequente Unterstützung des Kampfes gegen die Mieterhöhungen.

Carsten Becker, Berlin
Jungsozialist



Mieterdemonstration in Berlin vor dem Roten Rathaus

- Sofortiger Mietpreisstopp in Ost und West; billige Warmmieten, die nicht mehr als 20 Prozent des Nettoeinkommens verzehren dürfen.
- Keine Rückgabe der nach dem zweiten Weltkrieg in Ostdeutschland beschlagnahmten Immobilien an die ehemaligen Besitzer, staatliche Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit.
- Beschlagnahmung aller aus spekulativen Gründen leerstehenden Wohnungen.
- Den SPD-Maklerbeschluss von 1973 umsetzen: Maklerverbot und kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung.
- Keine Umwandlung von Mietwohnungen in gewerbliche Räume oder Eigentumswohnungen.
- Enteignung der großen Bauunternehmen, Banken, Versicherungen und Bausparkassen unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und der Gewerkschaften.
- Billiger Wohnraum für alle durch ein massives Sozialwohnungsbauprogramm. Demokratische Kontrolle über das Bauprogramm durch die Mieter und Gewerkschaften, damit umwelt- und menschengerechte Häuser gebaut werden.

Unser Standpunkt:

Das französische „Ja“ – keine Rettung der Maastrichter Verträge

Das französische Referendum ist ähnlich knapp wie das in Dänemark ausgefallen, diesmal jedoch mit einer Mehrheit von 51 zu 49 Prozent für Maastricht. Als Grund zum „Aufatmen“ und für „Erleichterung“ (Finanzminister Waigel) oder „entscheidende Weichenstellung für Europas Zukunft“ (SPD-Chef Engholm) wurde das Ergebnis bezeichnet.

Die europäische Union scheint also aus der Sicht ihrer Architekten und Befürworter an einem sehr dünnen Faden zu hängen: Angeblich hatten einige Tausend Dänen die europäische Union ins Verderben gestürzt, nun haben eine halbe Million Franzosen sie wieder aufgerichtet!

Wenn das Referendum etwas ausdrückt, dann – ähnlich wie in Dänemark und Irland – eine tiefe Skepsis gegenüber einem Europa der Konzerne. Besonders die Arbeiter und kleinen Bauern, die nur Nachteile von der Herrschaft der europäischen Monopole zu erwarten haben, stimmten mit jeweils 60 Prozent gegen die Verträge. Selbst Teile der gut verdienenden Mittelschichten und sogar Teile der Kapitalistenklasse, die sich der Konkurrenz in Europa nicht gewachsen sehen, stimmten mit Nein.

Das Ergebnis verdeutlicht auch eine starke Ablehnung der großen Koalition aus sozialistischer Regierung und bürgerlicher Opposition, die sich (trotz einiger Dissidenten in beiden Lagern) für Maastricht stark gemacht hatte.

Die Hoffnung Mitterands, auf mehr als 60 Prozent Zustimmung zu kommen, damit seine gesunkene Popularität zu steigern und die sozialistische Partei aus ihrem Tief zu holen, ist gänzlich gescheitert. Ohne den Mitleidseffekt durch die Bekanntgabe seines Krebsleidens kurz vor der Abstimmung wäre das Referendum vielleicht eher andersherum ausgefallen.

EWS-Zusammenbruch

Mit einem Nein der Franzosen wären die Maastrichter Verträge zweifellos auch offiziell für tot erklärt worden. Die jetzige dramatische Währungs- und Zusammenbruch des EWS mit dem Austritt Italiens und Großbritanniens hatten längst die europäische Union begraben, ihr jegliche wirtschaftliche und politische Grundlage entzogen, bevor das französische Referendum überhaupt stattfand.

VORAN hat immer erklärt, daß die Idee einer Europäischen Union mit einer gemeinsamen Währung auf kapitalistischer Grundlage von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist. Nicht nur Maastricht ist trotz der Zustimmung der Franzosen gescheitert, sondern auch der Integrationsprozeß in der EG ist durch den Zusammenbruch des EWS, das seit 1979 bestand, um Jahre zurückgeworfen worden.

Die Hoffnung der Kapitalisten, ein positives Ergebnis beim Referendum könnte das Währungschaos beenden, blieb eine Illusion: Das britische Pfund und die italienische Lira rutschen weiterhin in den Keller und vergrößerten das Währungsgefälle in der EG. Auch der französische Franc geriet unter Druck.

Psychologische Effekte können sicherlich kurzfristig eine Rolle spielen, aber letztendlich ist jede Währung nur so stark und stabil wie die jeweilige Wirtschaft.

Internationale Wirtschaftskrise

Die jetzige Wirtschaftskrise und die herrschende politische Ratlosigkeit und Instabilität sind nur ein Ausdruck der internationalen wirtschaftlichen Krise.

Die USA und Großbritannien kommen nicht aus der längsten Rezession ihrer Geschichte heraus. Andere europäische Staaten wie Finnland und Schweden stecken in ihrer tiefsten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg. Auch Deutschland, Japan und die übrigen europäischen Staaten stecken in der Rezession oder bewegen sich darauf zu.

Der Aufschwung der 80er Jahre war zwar schwach, hatte jedoch ein ganzes Jahrzehnt gedauert. Er wurde unter anderem durch eine Ausweitung der staatlichen und privaten Verschuldung künstlich verlängert. Der Preis dafür muß jetzt bezahlt werden, wie VORAN es immer vorausgesagt hatte.

Die riesige Verschuldung der öffentlichen Haushalte läßt den Regierungen keinen Spielraum, um über Neuverschuldung Geld in die Wirtschaft zu stecken und sie so anzukurbeln. Viele in Schwierigkeiten geratene Betriebe können die billigen Kredite der Vergangenheit nicht zurückzahlen. Dies drückt sich nun in einer allgemeinen Bankenkrise aus.

Die Kapitalisten werden verständlicherweise nicht zugeben wollen, daß ihr System bankrott ist, sondern versuchen die Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

Für die vereinigten Staaten in Europa

Auch in Deutschland ist die Forderung nach einem Referendum über Maastricht immer stärker geworden. VORAN unterstützt diese Forderung. Ein Referendum löst aber keine Probleme. Egal wie das Ergebnis ausfällt: die Arbeiterklasse hat keine Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Interessen, solange die Konzernbosse das Sagen haben. Deshalb fordert VORAN die Führung der Arbeitnehmerorganisationen SPD und Gewerkschaften auf, mit der kapitalistischen Politik zu brechen und den Kampf für ein sozialistisches Deutschland als ersten Schritt für die vereinigten sozialistischen Staaten von Europa zu führen.

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift:
VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 02 21/13 45 04, Fax 02 21/13 72 80.
Druck:
Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung:
Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Deutsche Wirtschaft

Am Rande einer Rezession

Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst der Rezession. Alle haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, Waigel und Möllemann, Kohl und Engholm, Bundesbank und Internationaler Währungsfonds. Aber keiner von ihnen hat ein wirksames Gegenmittel.

Die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes sind von Februar bis Juni um 6 Prozent gefallen, die Inlandsaufträge sogar um 8 Prozent. In der Bauwirtschaft stiegen die Aufträge nur durch Staatsaufträge im Tiefbau. Trotz der verheerenden Lage auf dem Wohnungsmarkt gingen die Bauaufträge für Wohnungen ebenfalls zurück.

Im 2. Quartal 1992 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP – der Wert aller im Land erzeugten Waren und Dienstleistungen) gegenüber dem 1. Quartal 1992 um 0,5 Prozent. Im Vergleich zum 2. Quartal des Jahres 1991 stieg es nur noch um 0,6 Prozent. Das ist der niedrigste Quartalswert seit sieben Jahren.

Am bemerkenswertesten bei den Wirtschaftszahlen des 2. Quartals ist aber, daß die Ausrüstungsinvestitionen um 3,8 Prozent gefallen sind – denn das führt uns zu den Ursachen des Wirtschaftsabschwungs.

Krisenursachen

Im Kapitalismus wird nicht produziert und investiert, um nützliche Dinge zu erzeugen, um menschliche Be-

dürfnisse zu befriedigen, um den Menschen in Ostdeutschland wieder eine Perspektive zu geben oder die Umwelt zu sanieren, sondern nur, um Profit zu machen. Deshalb fallen im Abschwung, wenn die Profitaussichten nicht mehr stimmen, die Investitionen besonders stark.

Auch wenn es riesige unbefriedigte gesellschaftliche Bedürfnisse, 3 Millionen offizielle und ebenso viele versteckte Arbeitslose und auf der anderen Seite hunderte von Milliarden DM in den Kassen der Unternehmer gibt: Von sich aus unternehmen die „Unternehmer“ nichts, wenn die Profiterwartungen nicht stimmen.

Weil die Bosse nicht investieren, sinkt die Arbeitsproduktivität. So ist im 2. Quartal 1992 die Arbeitsproduktivität um 0,4 Prozent gesunken. Das kapitalistische System kann die Gesellschaft nicht mehr weiterentwickeln, die Reichen und die Unternehmer leben währenddessen weiter auf unsere Kosten. Und wir sollen Lohnverzicht üben, obwohl der Anteil der Löhne am Volkseinkommen seit 1982 drastisch gesunken ist und sich auf dem niedrigsten Stand seit den 60er Jahren befindet. Das steckt hinter dem Gerede über einen „Solidarpakt“.

Zukunftsaussichten

Die USA taumeln trotz Lohnsenkungen und Steuergeschenken an die Unternehmer seit zwei Jahren zwischen Rezession und Mini-Aufschwung. Das Handelsblatt schrieb am 14.9. von der „sich schon abzeichnenden dritten Re-

zession“. Im ersten Halbjahr hat es fast eine Million Konkurse gegeben, eine Steigerung von 10,5% gegenüber 1991.

In Japan hat die Industrie ihre Ertragsreserven um 11% gesenkt. Wegen der Wirtschaftslaute im eigenen Land wird eine noch aggressivere Exportpolitik betrieben. Der niedrige Dollarkurs erschwert die deutschen Exporte in die USA. Die Zins-Diktatur der Bundesbank in Europa lähmt die Wirtschaft in unseren Nachbarländern (trotz der winzigen Zinssenkung Mitte September). Die Exporte werden die deutsche Wirtschaft also nicht retten.

Mit viel Pech wächst die Rezession zu einer schweren Krise, einer Depression an. Das wahrscheinlichste ist aber eine „normale“ Rezession, gefolgt von einem schwachen Aufschwung.

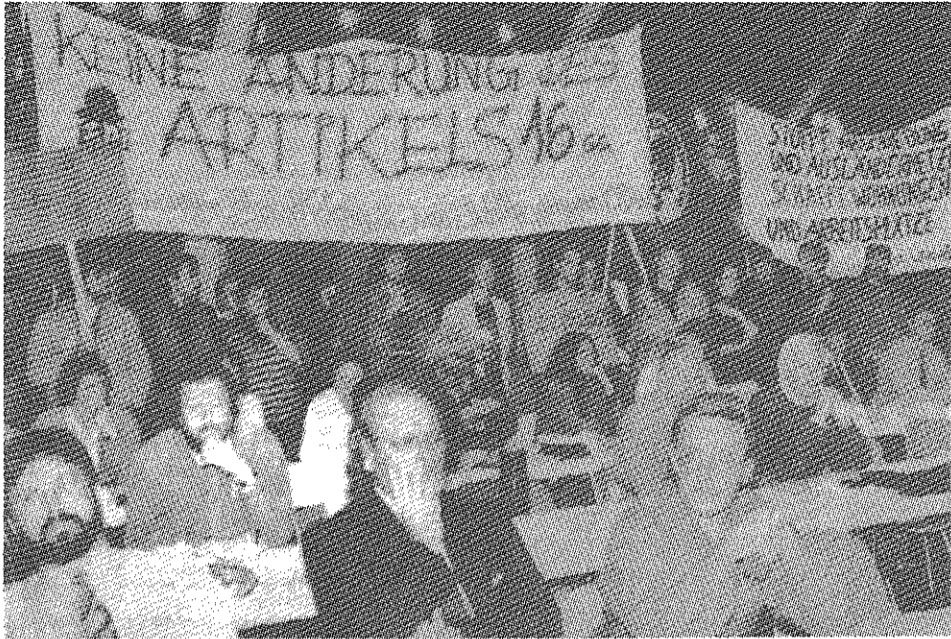
Besseres wird uns der Kapitalismus im nächsten Jahrzehnt nicht zu bieten haben. Bei diesen Perspektiven für Westdeutschland kann auch im Osten die Depression seit der Restauration des Kapitalismus nicht durch ein „Wirtschaftswunder“ abgelöst werden.

Die Folgen werden ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit (in den entwickelten kapitalistischen Ländern der OECD seit 90 schon von 25 auf 30 Millionen), Angriff auf Löhne, Sozialleistungen, öffentliche Dienstleistungen (Bildung, Gesundheitswesen, Bahn, Post...), Versuche uns in Wessis, Osis, AussiedlerInnen, EG- und Nicht-EG-AusländerInnen und Flüchtlinge, Männer und Frauen usw. zu spalten.

Wolfram Klein, Jungsozialist
Stuttgart

Kapitulation der SPD-Führung

Den Katastrophenkurs bekämpfen



Proteste gegen die Pläne der Parteispitze: Landesparteitag Hessen, 6.9.92 in Baunatal

Das Umfallen der SPD-Führung bei der Asylpolitik und der Frage von Bundeswehreinrästen in aller Welt ist eine schändliche Kapitulation vor den rassistischen Verbrechern auf der Straße und vor den Schreibtischfägern in den Regierungsetagen. Es ist der vorläufige Tiefpunkt eines Katastrophen-Kurses der Parteiführung, der zum kontinuierlichen Niedergang der SPD in den letzten Jahren geführt hat.

Mit ihrem Schwenk in der Asylpolitik leitet die SPD-Führung noch Wasser auf die Mühlen der Nazis. Die Begründung, man müsse sich der Stimmung in der Bevölkerung anpassen, ist heuchlerisch. Die rassistische Stimmung konnte sich gerade auch deshalb ausbreiten, weil die SPD selbst der Hetzkampagne der Regierung nichts entgegengesetzte. Seit über einem Jahr hämmern Regierung und Medien den Leuten ein, es gäbe eine „Asylantenschwemme“. Statt dagegen eine offensiven Gegenkampagne zu führen, kamen aus den Reihen der SPD Äußerungen, wie wir sie nicht anders von CDU oder gar Reps kennen. Einige von ihnen haben wenigstens die Konsequenz, dann auch gleich ins Lager der Reps zu wechseln, wie der Bürgermeister von Würzburg oder ehemalige SPD-Ratsmitglieder im Saarland. Vielleicht folgt ihnen demnächst noch der Münchner OB Kronawitter.

SPD-Kommunal und Landespolitiker erwecken den Anschein, als seien Asylbewerber und nicht die Kohlregierung schuld an ihren leeren Kassen. Der inzwischen zurückgetretene SPD-

Sozialminister Heinemann forderte, man müsse Asylbewerbern die Sozialhilfe kürzen. Doch für seine Ärzte-Freunde und ihr Institut hatte er 26 Mio. Subventionen übrig. Eine Gruppe sogenannter junger Sozialdemokraten verbreiten in Leipzig rassistische Parolen, propagieren die drei Strophen des Deutschlandliedes und hängen die Reichskriegsflagge in ihrem Büro auf; sie werden gesponsert vom örtlichen SPD-Abgeordneten.

Handlanger der Regierung

Monatelang stand die Parteiführung auf dem Standpunkt, eine Änderung des Asylartikels im Grundgesetz ändere nichts an der Einwanderung, um dann zu entdecken, daß man es trotzdem mittragen müsse. Ganz zu schweigen von der Arroganz, mit der die demokratischen Beschlüsse und damit die Parteibasis behandelt werden.

Das individuelle Grundrecht auf Asyl werde erhalten bleiben, tönte die SPD-Spitze nach ihrem Umfallen. Wie das, wenn Asylbewerber anhand von Länderlisten angeblicher „Nichtverfolger-Staaten“ an der Grenze zurückgeschickt werden? Oskar Lafontaine ist dann lieber gleich so offen und fordert, was eigentlich gemeint ist: Die Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl. Frei nach dem Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“ oder „Ist der Ruf erst ruiniert...“ propagiert er ganz ungeniert die CDU-Politik von morgen. Denn im nächsten Schritt wird die Regierung darlegen, daß die GG-Änderung nicht ausreicht hat und weitere Maßnahmen wie Abschaffung des Asylrechts und Abschottung der Grenzen folgen

Jugendsünden...

„Die Weichen für diese tiefgreifende Entscheidung wurden nicht gestellt wie es früher, als die Partei noch demokratisch strukturiert war, einmal üblich gewesen sein mag: nach einer breiten Diskussion in allen Gremien und auf allen Ebenen. Von wenigen Drahtziehern und langer Hand vorbereitet, wurde sie vielmehr der perplexen Mitglied- und Anhängerschaft gegen deren spontanen und überraschend leidenschaftlichen Protest als Faktum präsentiert. (...) Damit findet eine beispiellose politische Tragödie durch einen triumphalen Sieg ihren Abschluß: Die deutsche Sozialdemokratie wurde durch einen taktisch klugen Schachzug der Unionsparteien untergepflegt, als sie sich bereitfand, die Bankrotteure zu sanieren. (...) Aber nicht genug damit, daß die Verbrüderung mit dem Konservatismus und der Restauration vollzogen wurde. Noch im Koma will die SPD dazu beitragen, dem deutschen Liberalismus den Todesstoß zu versetzen, um für alle Zeiten einen faden

bürgerlichen Einheitsgeist zu etablieren. (...) Ist Resignation in diesem Zustand die angemessene Antwort? Wohl kaum, denn gerade die Resignation dient der Macht derer, die es jetzt zu bekämpfen gilt. Was also kann man tun? Zunächst einmal können wir uns in der Partei daranmachen, alle sich in Funktion befindlichen Befürworter der Großen Koalition abzuwählen. Das ist unser gutes Recht, denn absolute Loyalität hört da auf, wo Gehorsam und Blindheit gefordert werden. Sodann können wir Gegner dieser Koalition in die politische Verantwortung bringen und auch nur sie in den kommenden Wahlkämpfen unterstützen... So wird es viel zu tun geben. Und es sollte nicht zuletzt Aufgabe der Jungsozialisten sein, den Boden für eine neue Linke vorzubereiten.“

Björn Engholm zur großen Koalition, Dezember 1966 in der Lübecker Juso-Zeitung „Variante“, Nr. 20

war ein fauler Kompromiß und wieder spiegelte nicht die Meinung der Basis, die sich in zwei Dritteln der Anträge gegen jede Änderung des Status quo aussprach. Wenn die Parteiführung jetzt die Politik der Militarisierung und der Aufrüstung der BRD mittragen will, macht sie sich vollends zum Handlanger imperialistischer Großmachtbestrebungen der Herrschenden.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte der SPD, daß eine Parteiführung vor dem Druck von Nationalisten und Faschisten in die Knie ging. 1914 stimmte die SPD-Führung den Kriegskrediten und damit dem imperialistischen Kriegsgemetzeln zu. Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre wich sie dem direkten Kampf und der Massenmobilisierung gegen den SA-Terror aus, was den jungen Willy Brandt damals zum Austritt aus der SPD bewog. Die jetzige Parteiführung stellt sich direkt in diese Traditionslinie.

Aber es gab auch immer den Widerstand an der Parteibasis, sozialistische Kämpfer gegen politischen Sittenverfall der Parteiführer – von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bis hin zu den Jungsozialisten der Weimarer Republik. An diese Traditionslinie an-

müßten, wie es jetzt schon aus den Reihen der Unionsfraktion gefordert wird. Und sie wird dann die SPD weiter vor sich her treiben.

Nicht vergessen werden darf auch, daß gerade erst auf dem letzten Parteitag eindeutige Beschlüsse zur Frage der Bundeswehr-Einsätze gefaßt wurden, nämlich daß sie auf Blauhelm-Einsätze der UNO beschränkt sein müssen. Diejenigen, die damals schon warnten, daß die Blauhelm-Einsätze nur der Türöffner für weitergehende militärische Abenteuer sein würden, haben recht behalten. Schon der Blauhelm-Beschluß des Parteitags

knüpfend müssen wir die verkommene Politik der heutigen SPD-Führung energisch bekämpfen und als erstes dafür sorgen, daß sie auf dem kommenden Sonderparteitag im November keine Mehrheit erhält.

Sonderparteitag nutzen

Im Parteivorstand und bei verschiedenen Gelegenheiten hat Engholm durchblicken lassen, daß er bei Ablehnung seiner Politik nicht mehr zur Verfügung stehe. Es ist anzunehmen, daß er auf dem Sonderparteitag die Delegierten mit solchen Äußerungen beeindrucken will – wie vor ihm schon einmal Helmut Schmidt, der 1981 durch Rücktritts-Drohungen die Zustimmung eines Parteitags zur NATO-Nachrüstung erpreßte.

Doch was hat die Partei, was haben Arbeitnehmer und Jugendliche eigentlich von einem lahmen Oppositionsführer und halbherzigen Kanzlerkandidaten, der ihre Interessen nicht offensiv vertritt, sondern sich mehr mit schöngeistigen Dingen beschäftigt und Führungsstärke nur bei Kniefällen vor der Regierung zeigt? Man kann nur den hannoveraner Jusos zustimmen, die bei einer Besetzungs-Aktion des örtlichen SPD-Büros riefen „Engholm raus

Juso-Demonstration in Bonn am Sonntag 14.11. Außerdem: Dauerprotest während des ganzen Sonderparteitags am 16./17.11 vor der Beethovenhalle, Bonn.

– wir bleiben drin“. Die Delegierten des Sonderparteitags sollten Engholms Rücktrittsdrohung als Versprechen begreifen. Und als Chance, politisch wie personell den Weg für eine radikale Kehrtwende freizumachen.

Doch dafür muß die Parteilinke eine klare Alternative aufzeigen. Es darf nicht das geringste Zugeständnis an die „Teile- und Herrsche“-Politik der Konservativen geben. Es geht nicht einfach um die Verteidigung rechtspolitisch liberaler Positionen, sondern auch um die Bekämpfung des rassistischen Klimas. Wer, wie viele Parteilinke, zwar das individuelle Asylrecht verteidigt, aber gleichzeitig von Wirtschaftsflücht-

lingen, Einwanderungsbegrenzung und Asylproblemen spricht, der heizt die Stimmung weiter mit auf. Wir müssen vielmehr aufzeigen, daß die Fluchtursachen wie Verfolgung, Armut und Bürgerkriege in der herrschenden Politik der Industrieländer zu suchen sind, die viele Regionen der Welt ausplündern, mit Waffen beliefern, Diktaturen unterstützen. Es ist die gleiche Politik im Interesse der Reichen, die auch in den Industrieländern selbst zu steigender Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Verarmung führt. Sie muß von allen, egal welche Hautfarbe oder Nationalität, gemeinsam bekämpft werden.

Keine Große Koalition

Der Unterschied zwischen CDU/FDP- und SPD-Politik tendiert gegen Null. In Korruptions-, Diäten-Skandale und Ämterfilz ist auch die SPD verstrickt. Wen kann es da wundern, wenn viele Wähler auch SPD-Politiker als Teil einer abgehobenen Polit-Kaste betrachten, die vor allem ihrem eigenen Wohl verpflichtet ist?

Die sogenannten Politik-Verdrossenheit ist im Kern eigentlich eine SPD-Verdrossenheit, denn von wem sonst erwarten viele Wähler eine politische Alternative? Wie sonst ist es möglich, daß die Kohlregierung bei Umfragen auf dem niedrigsten Stand ihrer Popularität steht und die SPD davon in keiner Weise profitiert?

Die Opfer von Kohl und Kapital können sich eine SPD nicht länger leisten, die dem nichts entgegenzusetzen hat. Die SPD ist nicht als Selbstzweck und auch nicht als Selbstbedienungsladen gegründet worden, sondern als politisches Kampfinstrument zur Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung.

Der SPD-Tanker hält geradewegs auf die Klippen der Großen Koalition zu, am Steuer eine Clique von Karriere-machern und Polit-Yuppies. Jetzt einzeln von Bord zu springen wäre fatal. Das Ruder kann herumgerissen werden. Es gilt, entschlossen die Meuterei zu organisieren.

**Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied**

JungsozialistInnen in der SPD

Wie weiter mit dieser Partei?

Auf der jüngsten Bremer Juso-Landeskonferenz entwickelte sich eine Diskussion über die Frage: Was geht noch mit und in der SPD? Ist in dieser Partei noch Platz für SozialistInnen?

Festgestellt wurde, daß das Umfallen der Parteiführung in den Fragen Asyl und weltweite Bundeswehreinräste kein plötzlicher Umschwung ist, sondern die Konsequenz der Entwicklung der letzten Jahre.

Die SPD-Spitze hat den Kampf für eine Veränderung Richtung Sozialismus aufgegeben und wirft in Zeiten der Krise auch alle reformerischen Ansätze über Bord, beugt sich den „Realitäten“ des Systems: Wer nicht bereit ist, das Kapital anzugreifen, der muß für Umverteilung innerhalb der Lohnabhängigen eintreten. Wer die Ursachen für soziale Probleme nicht im System und bei den Regierenden sucht, der braucht andere Schuldige – wie die „ungebremste Zuwanderung“, auch „Asylantenflut“ genannt.

Für viele JungsozialistInnen ist der Kanal voll. Einige sagten, sie würden austreten, wenn der Sonderparteitag den Schwenk der Parteiführung absagen. Andere spekulierten über die Möglichkeiten, in der PDS oder bei den GRÜNEN zu arbeiten. Auch die Frage einer neuen Partei („USPD“) wurde

aufgeworfen. Klar war: Man kann nicht so weitermachen wie bisher, es muß einen Knall geben.

Ja, es muß einen Knall geben. Aber sowohl die schon laufenden Einzelaustritte als auch ein Massenaustritt von Juso-Gliederungen wäre ein einmaliger Akt des Protestes, der die Parteiführung freuen und uns für einen Tag in die Presse bringen würde. Ein Schritt vorwärts im Aufbau einer sozialistischen Kraft wäre das keineswegs. Solange die Möglichkeit besteht, daß sich Unmut und Radikalisierung der arbeitenden Bevölkerung früher oder später auch in der SPD niederschlagen werden, sollten SozialistInnen diese Partei nicht den Rechten überlassen, die sie jetzt besetzt haben.

Jetzt muß es erst einmal darum gehen, Handlungsfähigkeit zu wahren und kollektive Entscheidungen zu treffen statt individuell auszutreten. Wir müssen an der Spitze des Kampfes gegen die Parteiführung stehen und diesen mit allen Kräften organisieren.

Dabei müssen alle Jusos klarmachen, daß sie sich nicht länger als linkes Feigenblatt für die Partei benutzen lassen und ihre Jugendorganisation nicht einfach weiterverwalten. Das bedeutet auch: Aufräumen mit Karrieristentum, kritiklosem Hinterherlaufen hinter vermeintlichen „Hoffnungsträgern“ wie Lafontaine, und politischen Anpassungstendenzen innerhalb der Jusos;

Überwindung der Kluft zwischen dem Verband und linken, kampfbereiten Jugendlichen.

Die JungsozialistInnen brauchen eine Wende nach außen, um durch deutliches radikales Auftreten die Jugendlichen anzusprechen, die durch die jüngste Stärkung der Faschisten politisiert wurden und aktiv werden wollen. Wenn Jugendliche berechtigtes Mißtrauen und Ablehnung gegenüber der SPD empfinden, brauchen wir Angebote, mit ihnen zusammen für die gemeinsamen Ziele zu kämpfen, ohne daß sie in die Parteistrukturen eingebunden werden. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (siehe Seiten 4,5,12), die auf der Bremer Landeskonferenz sehr gut aufgenommen wurde. JRE kann zu einer starken antirassistischen, sozialistischen Jugendbewegung aufgebaut werden.

„Wer denn, wenn nicht wir“ – diese damals etwas unpolitische Juso-Parole von 1986 hat heute eine wirkliche Bedeutung: Es gibt ein Vakuum auf der Linken und damit auch Möglichkeiten, einen größeren Teil der Jugend zu organisieren und dieses Vakuum zu füllen. Es liegt an den Jusos, ihre Wut und Enttäuschung in offensive politische Arbeit umzusetzen.

**Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist**

Rostock und die Lehren

Biedermänner als Brandstifter

Rostock-Lichtenhagen ist seit dem 22. August Sinnbild für rassistische Gewalt und Terror gegen Ausländer. Wer meint, es seien nur die „Ossis“, die – angeblich im Umgang mit Ausländern „überfordert“ – zu Rassismus neigten, der irrt gewaltig. Was in Rostock zur Explosion kam, kann sich überall zusammenbrauen.

Lichtenhagen ist ein Neubaugebiet wie viele in Deutschland, 20.000 Einwohner, über 30 Prozent Arbeitslosigkeit. Es fehlt an nichtkommerziellen kulturellen und sportlichen Treffpunkten. Das Bild wird bestimmt von Plattenbauten, Pommestuben und Videotheken, es gibt eine Gaststätte, ein Cafe, drei Kaufhallen und keinen Jugendclub.

In dieses Umfeld sozialer Spannungen, der Unzufriedenheit und Ausweglosigkeit setzte das Land Mecklenburg-Vorpommern und der Rostocker Senat die zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST). Die ZAST war ständig überfüllt: ausgelegt für 300 Menschen, lebten hier jedoch 500 und mehr. In den letzten Monaten mußten die Neugekommenen, die deutsche Schlepper hierherbrachten, draußen auf der Wiese kampieren.

Politische Brandstifter

Bei diesen Zuständen war es kein Wunder, daß es zu Auseinandersetzungen innerhalb der ZAST und mit den Anwohnern kam. Es fehlte an notwendigen hygienischen Einrichtungen für die draußen Kampierenden, so daß sie ihre Notdurft in den Büschen der Umgebung machen mußten. Ihnen war der Zutritt zur ZAST verboten.

Dazu eine Stellungnahme eines Verantwortlichen des Senats: „Es ist uns nicht möglich, WC's aufzustellen, weil wir den Zustand dann legalisieren würden.“ Die CDU-Landesregierung, aber auch der Rostocker Senat haben zugesehen, wie die Lage eskalierte.

Der Rostocker SPD-Innensenator Magdanz äußerte, man würde nur noch mehr Asylbewerber anlocken, wenn man weitere Unterkünfte schaffen würde. Gegenüber dem Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion, Knut Degner, gab er zu, daß eine bessere Unterbringung möglich gewesen wäre. „Mein Resümee, daß er damit Menschen in ihrer Not zu politischer Manövriermasse zur Abschreckung anderer gemacht habe, quittierte er mit Achselzucken.“ so schrieb Degner in einem Offenen Brief an Presse und Untersuchungsausschuß und forderte „Keine Stunde länger dürften Menschen wie Minister Kupfer, der Rostocker OB Kiliman, sein Stellvertreter Zöllik und der Rostocker Innenminister Magdanz im Amt bleiben. Keine Stunde länger dürften Menschen in diesem Lande so gewissenlosen und zynischen Figuren ausgeliefert sein.“ Aber die von ihm als „politische Brandstifter“ bezeichneten Politiker sind immer noch im Amt, der SPD-Pressesprecher dagegen hat inzwischen seinen Posten verloren.

Wer klaut mehr?

Viele Anwohner sagen, Asylbewerber klauen und betteln. Bei 278 DM Sozialhilfe im Monat für Essen, Freizeit und Kleidung würde auch Deutschen nichts weiter übrigbleiben. Bei genauerem Hinsehen stellt sich die Frage, wer mehr klaut: die Regierung in Bonn und die Bosse in den Chefetagen der großen Konzerne, Banken und Versicherungen – oder die menschenunwürdig untergebrachten Asylbewerber. Kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der das le-

gale Klauen der Großen nicht mehr möglich, und das illegale Klauen der Kleinen nicht mehr nötig ist!

Die Politiker und Big Bosse in den Unternehmen sind es, die Arbeitslosigkeit schaffen, ABM-Maßnahmen kürzen, die Mieten in's Unermeßliche steigern (36% eines Monatslohnes nach neuesten Infas-Umfragen) und dem kleinen Arbeiter immer neue Steuererhöhungen und Abgaben aufzwingen. Sie sind auch dafür verantwortlich, daß unhaltbare Zustände entstehen, weil die kommunalen Kassen leer sind und Bonn den Geldhahn zudreht.

Auf der anderen Seite wird von Karenztagen, von Investitionszulagen, Nullrunden in Tarifverhandlungen gesprochen und davon, daß in Ostdeutschland die Löhne vorerst nicht angeglichen werden sollen. Alles Maßnahmen, um Unternehmergewinne zu sichern. Der Rüstungshaushalt ist so hoch wie zuvor. Die Bankiers und Kapitalanleger verdienen sich an der Verschuldung von Staat und Privathaushalten eine goldene Nase. Währungsspekulanten streichen binnen weniger Tage Milliardenbeträge ein.

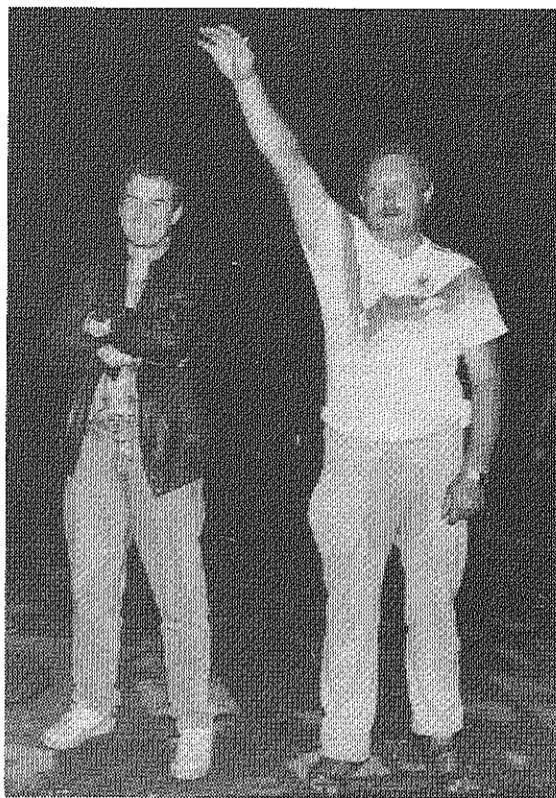
Die kapitalistische Marktwirtschaft und ihre Fürsprecher sind verantwortlich für die sozialen Probleme. Oder ist ein Roma etwa Vorsitzender der Treuhänderanstalt und ein Türke Bundeskanzler?

Asylkampagne der Regierung

Aber soziale Probleme allein führen nicht zu Rassismus und Faschismus. Was brachte das Pulverfaß zum Explodieren? Entscheidend ist die Propaganda der Herrschenden. Sie wollen die Asylbewerber zu Sündenböcken für die Probleme machen, um von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken. Seit im Sommer 1991 immer deutlicher wurde, daß die „blühenden Landschaften“ im Osten ausbleiben, die Staatsverschuldung immer höher wird, die Wirtschaftstendenzen im Westen nach unten zeigen, startete die Regierung die Asylkampagne.

Der damalige CDU-Generalsekretär Rühle forderte in einem Rundschreiben alle CDU-Kreisverbände auf, das Thema aufzugreifen. Die bürgerlichen Medien zogen mit. Seit über einem Jahr wissen sie von kaum etwas anderem zu berichten, als von der „Asylbewerber-

der Neonazis in Schlips und Kragen in Bürgerinitiativen aktiv ist, „kümmert“ sich die Abteilung mit Glatzen und Springerstiefeln um die Jugendlichen.



Der Herrenmensch: Edel, stolz, überlegen.

Eine „Demonstration gegen die Zustände“ um das Heim war mehrere Tage vor dem 22. August von einer „Interessengemeinschaft Lichtenhagen“ angekündigt worden. Sie war der Ausgangspunkt der Überfälle. Dennoch waren an diesem Tag nur etwas über 30 Polizisten im Einsatz, was bei einer angekündigten linken Demonstration ganz undenkbar wäre (siehe Seite 4). Hundertschaften von Polizei und Bundesgrenzschutz, die in der Nähe waren, erhielten an besagtem Wochenende kei-

nen Einsatzbefehl. Tagelang ließ man den Terror gegen das Heim toben.

Wir waren an mehreren Tagen in Lichtenhagen und haben auch mit den Leuten dort gesprochen. Was sie uns sagten, war ein Gemisch aus berechtigter Wut und Zorn gegen die Politiker einerseits – verbunden mit rassistischen Vorurteilen andererseits. Hooligans sagten uns: „Hoffentlich kommen bald die Autonomen aus Berlin, dann können wir zusammen gegen die Bullen vorgehen.“ Einige der älteren Anwohner kamen sich gar nicht ausländerfeindlich vor. Sie betonten, mit den vietnamesischen Arbeitern, die vorher schon in dem Heim lebten, seien sie gut zurecht gekommen, hätten sie sogar manchmal zu sich eingeladen; aber Asylbewerber, vor allem Sinti und Roma, kämen einfach zuviele. Uns wurde deutlich, daß das allgemeine rassistische Klima, die Hetze gegen Asylbewerber den Boden bereitet haben. Wenn von allen Seiten gepredigt wird, es kämen zuviele, dann finden offenbar viele nichts mehr dabei, selbst zur Tat zu schreiten.

Gegen die Regierung mobilisieren

Daß ein solches Klima entstehen konnte, dafür sind SPD, PDS und Gewerkschaften mitverantwortlich, weil

Über Zuwanderer und Schmarotzer

Wer wirklich absahnt

Kein Geld vorhanden? Die Belastungsgrenze ist erreicht? Das trifft sicher für die normale Bevölkerung zu, nicht aber für die herrschende Klasse in diesem Land.

Es wird genügend Reichtum geschaffen, um für alle – Ausländer, Asylbewerber wie Deutsche – anständige Lebensverhältnisse zu ermöglichen. Einwanderer und ausländische Arbeitskräfte tragen ganz erheblich dazu bei.

1991 haben sie 200 Mrd. DM des Sozialprodukts erarbeitet. Laut Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung haben ausländische Arbeitnehmer 1989 12,8 Mrd. DM in die Rentenkasse einbezahlt – aber nur 3,7 Mrd. DM daraus bezogen. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung rechnete unlängst vor: Zwischen 1988 und 1991 kamen 3,5 Mio. Menschen nach Westdeutschland, davon 1,2 Mio. Aussiedler aus Osteuropa, 900.000 Ostdeutsche, 700.000 EG-Bürger und Angehörige von schon hier lebenden Ausländern, 700.000 Flüchtlinge. Sie brachten 1991 rund 57 Mrd. DM in die Staatskassen, durch direkte und indirekte Steuern sowie Sozialabgaben.

Dem standen staatliche Ausgaben für die Zuwanderer und Flüchtlinge von 16 Mrd. DM gegenüber – es bleibt also ein „Gewinn“ von 41 Mrd. DM. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, Zuwanderer und Flüchtlinge lägen anderen nur auf der Tasche. Diese 41 Mrd. DM „Gewinn“ hätten z.B. für Wohnungsbau verwendet werden können. Was aber gibt die Bundesregierung 1992 tatsächlich für den sozialen Wohnungsbau aus? Ganze 1,5 Mrd. DM.

Und wenn Asylbewerber arbeiten dürften, wenn deutsche und ausländische Arbeitslose endlich einen Arbeitsplatz erhielten, dann könnte noch viel mehr erwirtschaftet werden. Es liegt einzig und allein an diesem verrotteten Profitsystem, das die einen in erzwungenem Nichtstun hält, während anderen Überstunden, mehr Arbeitshetze und längere Arbeitszeiten abverlangt werden.

Der von allen – deutschen wie ausländischen Arbeitnehmern – geschaffene Reichtum konzentriert sich in den Händen einer winzigen Minderheit. Ihnen müssen wir die Macht entreißen, wenn wir die sozialen und politischen Probleme lösen wollen. Sie nutzen ihre Macht auch, um die armen Regionen der Welt weiter auszuplündern und dort Gewinne zu machen, was wiederum die weltweiten Flüchtlingsströme mitverursacht.

Fluchtursachen

Die BRD ist 1992 zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen (laut Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI). Die Kohlregierung liefert Waffen an die türkische Regierung, die damit gegen die Kurden vorgeht und mit deutschen Panzern ganze Dörfer ausrottet. Wenn dann kurdische Flüchtlinge hier Asyl beantragen, schreit dieselbe Regierung „Asylantenschwemme“.

Deutsche Regierungen haben seit der Flugzeugentführung nach Mogadischu die Mitte der 70er Jahre die Diktatur in Somalia durch militärische und polizeiliche Ausrüstung und Schulung unterstützt. Sie sind mitverantwortlich für die Hungerkatastrophe und das

sie nicht oder zuwenig gegen die heuchlerische Propaganda der Bürgerlichen aufgetreten sind. Anstatt die wahren Ursachen des gesellschaftlichen Dilemmas aufzuzeigen, reiten sie auf der Welle der Asyldebatte heftig mit. Ihre Aufgabe muß sein, eine Alternative gegen sozialen Kahlschlag zu setzen. Aber sie tun genau das Gegenteil, das zeigen z.B. die demütigenden Zahlappelle für Asylbewerber in Schleswig-Holstein, und vor allen Dingen das Umkippen der SPD-Führung beim Artikel 16 Grundgesetz.

Die Gewerkschaften als unmittelbare Vertreter der Arbeitnehmer zeigen auch keine Alternative auf. Der ÖTV-Streik im Frühjahr wurde für'n Appel und 'n Ei verkauft. Und bei den Tarifverhandlungen der Lufthansa stimmte die ÖTV einer Nullrunde und dem Abbau von Arbeitsplätzen zu. (Monika Wulf-Matthies als ÖTV-Chefin ist übrigens Mitglied des Lufthansavorstandes).

Die Aufgabe der Gewerkschaften wäre es, einen heißen Herbst zum Sturz der Kohlregierung zu organisieren, die jeden Tag mit neuen Vorschlägen aufwartet, wie sie uns weitere Lasten aufdrücken kann. Wenn Gewerkschaften und SPD nicht gegen solche Angriffe und die Verschärfung der sozialen Probleme mobilisieren, wird es zu einer Fortsetzung des „heißen Herbstes“ gegen die Ausländer kommen.

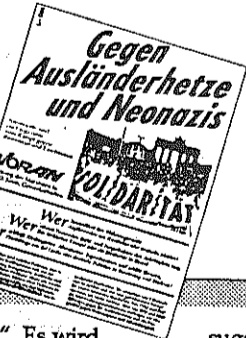
Doch es sieht so aus, also ob die SPD-Führung auf eine Große Koalition, die Gewerkschaftsführung auf einen „Solidarpakt“ mit der Regierung zusteuern will. Das müssen wir verhindern. Es ist daher dringender denn je, eine linke Opposition in SPD und Gewerkschaften aufzubauen, die gegen die anbiedernde Politik der Führungen kämpft!

Wohnungen und Arbeitsplätze gegen Rassismus und Asylantenhetze!
Niels und Kathrin
Jungsozialisten aus Rostock

Argumente...

...und ein Programm zum Kampf gegen Rassismus und Faschismus

8 Seiten DIN A4, Preis: 1,- DM bei Einzelbestellungen an die Redaktion bitte Briefmarken (+1,- DM Porto) beilegen



schwemme“. Es wird suggeriert, die Ausländer wären schuld an Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Kriminalität.

Wühlarbeit der Neonazis

Diese Propaganda ist der Nährboden für Ausländerfeindlichkeit und die Entfaltung rechtsextremer Parteien. In Rostock ist es die DVU (Deutsche Volksunion), die hier seit geraumer Zeit Wühlarbeit betreibt. Im Frühjahr gründeten sie eine Bürgerinitiative „Rostock bleibt deutsch“. Im Juni führten sie eine Veranstaltung mit über 100 Teilnehmern durch, natürlich gut geschützt von 500 Polizisten, die brutal auf 200 friedliche Gegendemonstranten losging. (VORAN Nr. 144 berichtete darüber). Sie verteilten zehntausende von Flugzetteln mit rassistischer Hetze in den Wohnblöcken. Während ein Teil

10 Jahre Kohl-Regierung:

Mitte September amüsierte sich ein gutgelaunter Helmut Kohl im Bundestag über alle, die ihm im Verlauf der letzten 10 Jahre den baldigen Sturz prophezeit hatten. Kohl hat gut lachen, schließlich ist die SPD-Spitze mit ihrem letzten Rechtschwenk inzwischen endgültig aus der Opposition ausgetreten. Den Opfern seiner Politik bleibt das Lachen im Halse stecken. Schließlich gab es seit dem Beginn der „Ära Kohl“ mehr als einmal die Chance, den Spuk mit einem Schlag zu beenden.

Am 1. Oktober kann Kohl auf sein zehnjähriges Jubiläum als Bundeskanzler anstoßen. Vor genau 10 Jahren verließ die FDP die Koalition mit der SPD und lief zur CDU/CSU über.

Der Hintergrund dafür war die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der Druck von Seiten der Unternehmer. 1980-82 war Deutschland in einer Wirtschaftskrise, die Teil der zweiten internationalen Rezession nach der von 1974/75 war. Innerhalb von 18 Monaten verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit von einer auf über zwei Millionen.

Die SPD/FDP-Regierung unter Kanzler Helmut Schmidt betrieb eine knallrechte Politik. Sie war bereit, die Lasten der kapitalistischen Krise durch Kürzungen von Sozialleistungen auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Der Bau von Kernkraftwerken wurde zur Freude der Atom-Lobby weiter vorangetrieben und nicht zuletzt unterstützte die Parteiführung den Nato-Doppelbeschluss zur Stationierung neuer US-Atomraketen in der BRD.

Die „Wende“ 1982

Aber die Kürzungspolitik ging den Unternehmern nicht weit genug. Nach einer Umfrage des Magazins „Wirtschaftswoche“ hielten im Sommer 1982 84 Prozent der befragten Unternehmer einen Regierungswechsel für dringend notwendig. 50 Prozent sagten, sie wären bereit, mehr zu investieren, wenn eine CDU-geführte Regierung die richtigen wirtschaftspolitischen Zeichen setze. Auf der anderen Seite kam die SPD-Führung zunehmend unter Druck von Parteibasis und Gewerkschaften.



Protestdemonstration im DGB-Aktionsherbst 1985

Die FDP als kleine Partei des großen Kapitals kam den Bedürfnissen der Konzernchefs entgegen und legte mit dem „Lambsdorff-Papier“ eine offene Kriegserklärung an die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften vor, die weit über den unter Kanzler Schmidt betriebenen Sozialabbau hinausging und von der SPD nicht mehr mitgetragen werden konnte. Lambsdorff forderte darin eine soziale Kahlschlags-Politik à la Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA, die dort kurze Zeit vorher an die Macht gekommen waren.

Gegenreaktion auf den Parlamentsputsch

Trotz des massiven Sozialabbaus, der Skandale um die gewerkschaftseigene Neue Heimat und der Parteienfinanzierung gesunkenen Popularität der sozialliberalen Koalition gab es eine Welle von Solidarität der Arbeitnehmer mit der SPD und Wut auf die FDP, die den Regierungswechsel auf kaltem Wege inszeniert hatte. Kurz vor der „Wende“ lag die SPD in Meinungsumfragen bei 30

und die CDU bei 50 Prozent. Bald danach waren beide wieder Kopf an Kopf.

Im Herbst 1982 waren Aktionen des DGB gegen den Sozialabbau der Schmidt-Regierung angesetzt, die zu Protesten gegen Kohl umfunktioniert wurden. Bei der Landtagswahl in Hessen schnitt die SPD mit 43 Prozent um fast zehn Prozentpunkte besser als erwartet. Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Dezember erreichte sie sogar die absolute Mehrheit. In beiden Wahlen fiel die FDP unter die Fünf-Prozent-Hürde.

Der Tag nach der Hessenwahl brachte an der Frankfurter Börse Panikverkäufe und Kursstürze. In der konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hieß es am 12.10.82: „Alles rutscht ... Ein Land – der auch politisch gedachten – Stabilität ist die Bundesrepublik derzeit nicht ... Die Festigkeit des parlamentarischen Regierungssystems rückt in den Schatten des Zweifels – unter dem Eindruck von nur mittleren wirtschaftlichen Schwierigkeiten.“

Zulauf für die SPD

Wegen der rechten Politik der SPD-Führung, vor allem in Sachen Kernenergie und Aufrüstung, hatten die 1980 gegründeten Grünen bereits einigen Zulauf bekommen. Sie schafften 1983 den Sprung in den Bundestag und erschienen somit als linke Alternative zur SPD. Trotzdem traten zwischen Herbst 1982 und Frühjahr 1983 ca. 100.000 vorwiegend junge Leute neu in die SPD ein und beschleunigten die bereits vor der „Wende“ eingeleitete Linksentwicklung der Partei.

Dagegen ist der im Frühjahr 1982 von den beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Hansen und Coppik gestartete Versuch, mit den „Demokratischen Sozialisten“ eine neue Partei links von der SPD aufzubauen, gescheitert.

Man kann sicherlich keine direkten Parallelen zur heutigen Situation ziehen. Dennoch zeigt dieses Beispiel, wie eine von vielen Linken bereits für tot erklärte SPD im Zuge einer Politisierung von bis dahin noch nicht aktiven Arbeitnehmern und Jugendlichen wieder Zulauf bekommen und nach links gedrückt werden kann (siehe auch „Wie weiter mit dieser Partei?“ auf Seite 3).

Wahlsieg für Kohl 1983

Warum konnte die CDU/CSU bei den vorgezogenen Neuwahlen vom 6. März 1983 mit knapp 49 Prozent fast eine absolute Mehrheit erreichen? Die SPD hatte in den dreizehn Jahren ihrer Regierungszeit den Kapitalismus nicht in Frage gestellt, sondern sich seinen „Sachzwän-

Diskriminierung von Flüchtlingen und Zuwanderern

SPD-Führung macht mit

Nicht erst seit dem Umkippen der SPD-Führung im Asylrecht machen SPD-Politiker bei rassistischen Maßnahmen zur Spaltung und Ablenkung der arbeitenden Bevölkerung mit. Schon unter der SPD-geführten Regierung in den 70er Jahren wurden Maßnahmen gegen Ausländer ergriffen.

- 1973 – Anwerbestop für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten.
- 1974 – Kürzung des Kindergeldes für Ausländerkinder, Einrichtung von Gebieten, in denen keine Nicht-EG-Ausländern mehr zuziehen dürfen (Städte mit einem Ausländeranteil von über 12 Prozent wurden zu „überlasteten Siedlungsgebieten“ erklärt).
- 1975 – Streichung des Kindergeldes für ausländische Arbeiter
- 1975-81 – Erschwerung der Familienzusammenführung und Verschärfung der Arbeitserlaubnisbestimmungen. Hunderttausende Ausländer waren deshalb gezwungen, Deutschland zu verlassen.
- 1977-82 – Verschärfung der Asylbestimmungen

In der Opposition taten sich SPD-Politiker immer wieder mit ausländerfeindlichen Äußerungen und Maßnahmen hervor, am schlimmsten in der letzten Zeit:

- Im Wahlkampf 1986/87 machte die CDU das Thema „Asylantenschwemme“ schon einmal zu einem Wahlkampfthema. In den Innenstädten wurden Zelte errichtet, in die man Asylbewerber steckte, um dem ganzen Nachdruck zu verleihen. Besonders tamilische Flüchtlinge vor dem Bürgerkrieg in Sri Lanka, die über Ostberlin einreisten, standen im Brennpunkt der Propaganda. Der SPD-Politiker Bahr reiste nach Ostberlin und erwirkte vom SED-Regime, daß die Mauer für die Tamilen „dichtgemacht“ wurde. Die SPD-Führung wollte sogar ein Massenflugblatt mit dieser „Erfolgsmeldung“ verteilen lassen; dies mußte nach Protesten der Basis aber eingestampft werden. Die Zelte mit den Flüchtlingen verschwanden nach dem Wahlsieg der CDU wieder.
- SPD-geführte Städte und Länder (z.B. Aachen, Schleswig-Holstein) führten Zählappelle für Asylbewerber durch, um dem angeblichen massen-

haften doppelten Abkassieren auf die Spur zu kommen.

- bei den letzten Landtagswahlkämpfen in Bremen und Baden-Württemberg präsentierte sich die SPD als diejenigen, die besser als die CDU Flüchtlinge abschrecken können; Ergebnis: hohe Stimmengewinne für die DVU in Bremen und die Reps in Baden-Württemberg
- Gedankengut der Reps bei SPD-Mitgliedern: saarländische Stadträte und der Bürgermeister von Würzburg traten von der SPD zu den Reps über; Leipziger Jusos propagieren die drei Strophen des Deutschlandliedes und hängten die Reichskriegsflagge in ihr Büro
- Helmut Schmidt: „In manchen Großstädten wird über die Hälfte aller Straftaten von Ausländern begangen.“ (Interview am 13.9.92 im Südwest-Fernsehen)
- Die SPD-Sozialminister Heinemann (NRW) und Jansen (Schleswig-Holstein) forderten am 2.9.92 in der „Welt“ die Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber, weil die Kassen leer seien. Heinemann: ein großer Teil des öffentlichen Unmuts sei „eindeutig durch das Fehlverhalten bestimmter Einwanderungs-

gruppen verursacht worden, die das Klima vergiftet haben.“ Giftspritze Heinemann stolperte kurz darauf über sein eigenes Fehlverhalten bei einer Subventions-Affäre. Er hatte einem radiologischen Institut in Bochum 26 Millionen DM zugeschoben – Ärzte sind halt unterstützenswerter als Flüchtlinge.

● Der SPD-Landrat des hessischen Main-Kinzig-Kreises, Eyerkauf, schürte wochenlang Panik wegen angeblich unhaltbarer Zustände im Erstaufnahmelager Gelnhausen und warnte vor dem Ausbruch von „Cholera oder Typhus“. Eine Delegation der hessischen Grünen besuchte das Lager und fand überdurchschnittlich gute Verhältnisse vor.

● Der Rostocker SPD-Innensenator Magdanz ließ bewußt Sinti und Roma im Freien vor der Aufnahme stelle Lichtenhagen campieren und machte sich mitverantwortlich für die Eskalation in Rostock. Der Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion, der dieses Vorgehen in einem offenen Brief anprangerte, mußte seinen Hut nehmen.

● Und schließlich: das Umfallen der SPD-Führung in Sachen Asylrecht.

Das wäre nicht nötig gewesen

gen" unterworfen. In den letzten Jahren der Schmidt-Regierung hieß das Sparpolitik zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung.

Kohls Wahlparole „Den Aufschwung wählen“ hat bei Teilen der Arbeitnehmerschaft Hoffnungen geweckt, daß es mit der CDU wirtschaftlich aufwärts gehen könnte, wenn man jetzt einige Opfer bringt. Sie konnte aber nur deshalb verfangen, weil die SPD keine Alternative angeboten hatte.

Mit einem offensiven Wahlkampf gegen die Unternehmerpolitik und einer Mobilisierung ihrer Anhänger hätte die SPD-Führung die Kohl-Regierung im Keim ersticken können.

Halbherzige Linkswende der SPD

Auf dem Bonner Parteitag der SPD 1983 wurde die rechte Schmidt-Riege aus den Führungspositionen verdrängt und die Ablehnung der NATO-Nachrüstung beschlossen.

Wie weit die Radikalisierung der Basis ging, zeigte die kurze Zeit später stattfindende Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA), die 10 Jahre zuvor eigentlich als rechtes Gegengewicht zu den Jungsozialisten gegründet worden war. Sie beschloß die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien – gegen die ausdrückliche Empfehlung der Parteispitze.

Es entstand jedoch kein schlagkräftiger linker Flügel und die Parteiführung konnte so die Linksentwicklung im Zaum halten. Der Grund für die Schwäche der Linken: ein damals noch „linker Hoffnungsträger“ wie Oskar Lafontaine konnte zwar publikumswirksam einen Generalstreik gegen die NATO-Nachrüstung fordern, hatte aber keine Alternative zum bestehenden Wirtschaftssystem anzubieten. Die Linke hatte aus den negativen Erfahrungen mit sozialdemokratischen Parteien an der Regierung die falsche Schlussfolgerung gezogen, daß man sich eben mit den „Sachzwängen“ des Kapitalismus abfinden müsse.

Eine Schlüsselrolle spielte hierbei die Erfahrung des französischen Sozialistenführers Mitterand, der 1981 mit einem weitgehenden linken Reformprogramm an die Regierung kam und in Worten sogar die Abschaffung des

ze wurden gekürzt, das Studenten-Bafög wurde auf Vollدارlehen umgestellt. Mieterschutz und Jugendarbeitsschutz wurden ausgehöhlt. Gleichzeitig gab es Steuersenkungen für Unternehmer und Reiche.

Aber im Gegensatz zur SPD-Führung waren die Arbeitnehmer nicht bereit, vor Kohl in die Knie zu gehen. Der ab 1983/84 einsetzende schwache Aufschwung führte nicht zum Rückgang der Massenarbeitslosigkeit. Der Druck von Seiten der Gewerkschaftsaktivisten, den Kampf für die Einführung der 35-Stundenwoche ernsthaft anzugehen, wuchs. Im Frühjahr 1984 streikten Metalller und Drucker wochenlang für diese Forderung. Mit der 38,5-Stunden-Woche kam zwar nur ein relativ mageres Ergebnis heraus, aber trotzdem war dies ein Sieg über die Unternehmer und ihren Bundeskanzler, der die 35-Stunden-Woche als „dumm und töricht“ bezeichnet hatte.

Umschwung zur SPD ...

Dieser Sieg trug mit dazu bei, einen Stimmungsumschwung zu Gunsten der SPD zu bewirken. In der ersten Jahreshälfte 1985 erreichte sie bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland die absolute Mehrheit, in letzterem aus der Opposition heraus. Oskar Lafontaine gab sich links und deutete an, daß er für die Verstaatlichung des mit Entlassungen drohenden Stahlkonzerns Arbed Saarstahl eintrat (natürlich nur vor der Wahl).

Bei Meinungsumfragen lag die SPD Mitte 1985 bei 48, die CDU nur noch bei 38 Prozent. Die Regierung reagierte mit Panik. „Bei den Unionsparteien geht es in diesen Tagen zu wie auf einem Hühnerhof, dem der Fuchs einen Besuch abgestattet hat. Vor aufgeregtem Gekacker ist kaum noch wahrzunehmen, welche Richtung die Partei nehmen soll“ beklagt sich der Leitartikler der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 14.6.1985. Zwei Jahre nachdem die CDU/CSU fast 50 Prozent der Stimmen bekommen hatte, wurde offen über Kohls Ablösung diskutiert.

... und gewerkschaftliche Gegenwehr

Die Führung des DGB sah sich gezwungen, einen Aktionsherbst anzukündigen, um den Druck der Basis aufzugreifen. In der Praxis wurde dann allerdings nur etwas Dampf abgelassen. Anstatt den Kampf für den Sturz der Regierung zu führen, wurde abgewiegelt und „für eine andere Politik“ gekämpft.

Daß der „laue Herbst“ des DGB von 1985 nicht etwa wegen mangelnder Kampfbereitschaft im Sande verlief, wurde kurze Zeit später deutlich. Die Regierung wollte den § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes ändern, damit bei Arbeitskämpfen „kalt Ausgesperrte“ kein Kurzarbeitergeld mehr bekommen. Dies war ein Angriff auf die Streikfähigkeit der Gewerkschaften. Am 6. März 1986 waren eine Million Gewerkschaften auf den Beinen, um gegen die Änderung zu protestieren. Zweifellos wäre ein Aufruf zum Generalstreik erfolgreich gewesen und hätte nicht nur die Änderung verhindert, sondern auch die Regierung weggefegen können.

Wahlschlappe für die SPD 1987

Der Druck der Basis für eine linke, offensive Politik wurde auf dem SPD-Parteitag in Nürn-

berg 1986 deutlich. Es wurde ein Reformprogramm verabschiedet und eine Mitte/Links-Vorstandsmehrheit gewählt. Unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Tschernobyl beschloß man den Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von zehn Jahren – diese Forderung wurde inzwischen auch stillschweigend wieder zu den Akten gelegt.

Gleichzeitig machte die Partei weiter mit lauer Oppositionspolitik und Angeboten zur Zusammenarbeit, zum Beispiel bei der unsozialen Rentenreform oder in der Durchführung der Volkszählung (bzw. -aushorchung). Bei den Bundestagswahlen Anfang 1987

Beide Ereignisse waren in gewissem Sinne Vorboten der Entwicklungen, die sich jetzt mit dem Abgleiten der gesamten Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft in die Krise vollziehen. Besonders in Deutschland wurde das Abwärtschaos noch durch die zunächst wie ein Konjunkturprogramm wirkende Vereinigung mit der DDR verzögert.

Aber die Konjunkturbelebung nach 1987 heißt nicht, daß es keine Gelegenheit für die SPD und die Gewerkschaften gegeben hätte, einen offensiven Kampf gegen Kohl zu führen. Das Jahr 1988 war geprägt vom Ärger der arbeitenden Bevölkerung über die wei-

ten über den Erhalt der herrschenden Ordnung in Ost und West zu verständigen.

In der Revolution von 1989 gab es keine starke politische Kraft, die offensiv für den Erhalt der verstaatlichten Wirtschaft und den Aufbau einer wirklichen sozialistischen Demokratie eintrat. So schien es für die Mehrheit der Arbeiterklasse der DDR keinen anderen Weg als die Einführung der Marktwirtschaft mit Hilfe der BRD zu geben.

Trotzdem waren die Herrschenden im Westen nicht gerade begeistert von der Idee, die DDR und damit gewaltige Probleme einzusacken. Aber die Notwendigkeit, die revolutionäre Unruhe im Osten abzuwürgen und die Lage unter Kontrolle zu bringen, zwang die westdeutsche Kapitalistenklasse zur Übernahme der DDR. Kohls persönlicher Ehrgeiz war eine zusätzliche Triebfeder für die schnelle Durchführung der „Wiedervereinigung“ ohne Rücksicht auf Verluste.

Die Führung der West-SPD machte sich zum willigen Werkzeug Kohls und der Einführung des Kapitalismus im Osten Deutschlands. Der Preis, den sie für ihren Opportunismus zahlte, war die Wahlniederlage bei den Volkskammerwahlen im März 1990 und dann bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990. Lafontaine als Kanzlerkandidat hatte zwar ausgiebig vor den Folgen der Kohl'schen Politik gewarnt, aber keine Alternative angeboten.

Die Ära Kohl geht zu Ende

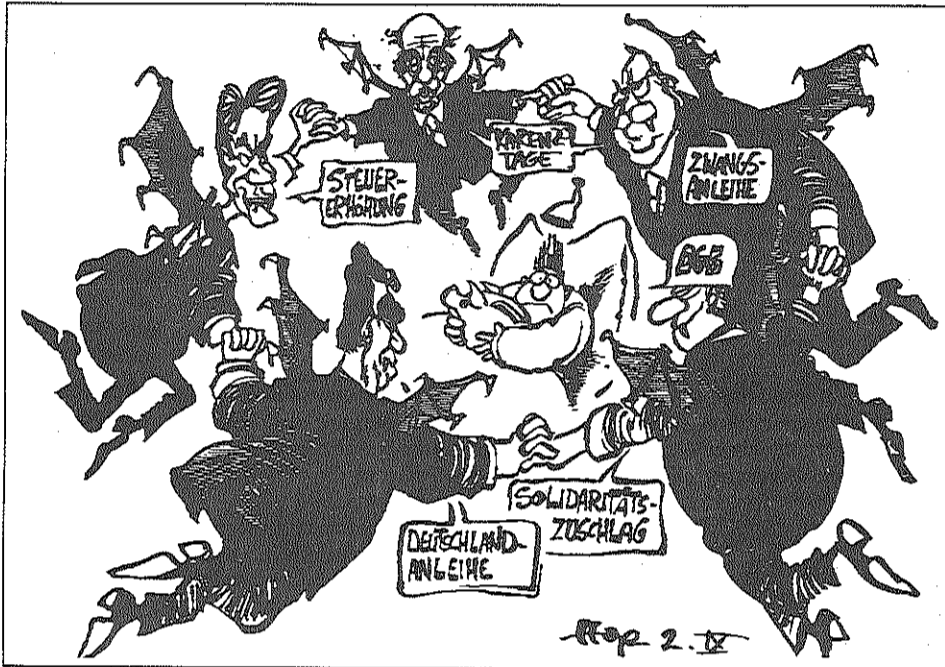
Die Lage in Deutschland seit der Währungsunion und dem staatlichen Anschluß der DDR wird durch die enorme wirtschaftliche und damit auch politische Instabilität bestimmt. Der Druck der Kapitalisten, die „Kosten der Einheit“ und der Krise ihres Wirtschaftssystems auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, wird größer.

Die Logik ihrer pro-kapitalistischen Politik führt die SPD zu einer völligen Anpassung an die Regierung. Sie steuert jetzt auf eine große Koalition mit der CDU zu, um gemeinsam mit ihr die auch vom SPD-Chef Engholm als notwendig angesehene „Politik von Schweiß und Tränen“ durchzuführen.

Kohl wird für die CDU vielleicht schon bald ausgedient haben, spätestens wohl, falls es zu einer großen Koalition kommt. Wir fordern aber nicht nur „Weg mit Kohl!“, sondern eine Politik gegen die Angriffe der Unternehmer auf unsere erkämpften Rechte.

Die Politik der Führungen von SPD und Gewerkschaften hat in den 80er Jahren dazu geführt, daß Chancen zum Sturz Kohls vertan wurden. In den nächsten Jahren drohen uns schwere Niederlagen, wenn wir den rechten Bürokraten freie Hand lassen und es nicht schaffen, die Organisationen der Arbeitnehmer mit kämpferischen Führungen und einem sozialistischen Programm zu bewaffnen.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist



kam die Quittung für diese Politik.

Resultat des schlappen Wahlkampfes der SPD mit Johannes Rau als Kandidaten war das mit 37 Prozent schlechteste Wahlergebnis seit 1961. Da tröstete es wenig, daß die CDU mit 44,4 Prozent sogar ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 hatte.

Börsenkrach und Kampf um Rheinhausen

Das Jahr 1987 begann mit dem Wahlsieg Kohls. Es endete mit dem weltweiten Börsenkrach vom Oktober und dem Kampf der Stahlarbeiter von Duisburg-Rheinhausen um ihre Arbeitsplätze ab Dezember.

Der Börsenkrach hatte das Vertrauen in die Stabilität des kapitalistischen Systems tief erschüttert. Allerdings zeigte sich bald, daß auf diesen Börsenkrach nicht ein Kriseneinbruch in der Weltwirtschaft, sondern sogar eine gewisse Belebung der Konjunktur folgte.

Der Kampf um das Stahlwerk Rheinhausen markierte eine neue Stufe von Klassenkämpfen. Laut Friedhelm Farthmann, SPD-Landeschef im Landtag von Nordrhein-Westfalen, herrschte in diesen Dezember-Tagen in Rheinhausen eine „vorrevolutionäre Situation ... wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht hatten ...“

ter Umverteilung zu Gunsten der Reichen durch die Steuerreform des damaligen Finanzministers Stoltenberg und die Gesundheitsreform von Norbert Blüm. Sein Leitspruch von 1988: „Früher sind die Menschen mit 35 Jahren jubelnd gestorben, während sie sich heute bis 80 durchjammern.“

Kohl als „Kanzler aller Deutschen“

Im Jahre 1989 sah es brenzlig aus für Kohl. Im April mußte er die Regierung umbilden. Bloß wurde die Unzufriedenheit mit der Kohl-Regierung nicht von der SPD aufgegriffen.

Dafür boten andere einen scheinbaren Ausweg aus der sozialen Misere und gewannen gerade auch viele enttäuschte SPD-Wähler für sich: 1987 begann der Aufstieg der rechtsextremen Parteien mit dem Einzug der Deutschen Volksunion (DVU) in die Bremer Bürgerschaft. Weitere Stationen des Aufstiegs waren die 7,9 Prozent der Republikaner bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und die 7,1 Prozent bei den Europawahlen 1989.

Dann kam etwas, womit Kohl sicher nicht gerechnet hatte: das er der Kanzler wird, der die deutsche Wiedervereinigung erreicht. Schließlich war er doch daran gewöhnt, sich bei Sekttempfängen mit den stalinistischen Bürokrata-

Unser Anti-Kohl-Programm

VORAN ist der Meinung: Millionen sind stärker als Millio-näre.
VORAN fordert die SPD- und Gewerkschaftsführungen auf, jede Zusammenarbeit mit der Regierung einzustellen und unter dem Motto „Kohl muß weg“ gegen Kohls Kabinett mit folgenden Forderungen zu mobilisieren:
 * Kein weiterer Sozialabbau, keine Einführung von Karenztagen
 * Hände weg vom Asylrecht
 * Stopp aller Privatisierungen.
 * Arbeit für alle; gleicher Lohn

für gleiche Arbeit in Ost und West
 * Bezahlbare Wohnungen für alle
 * Weg mit Seehofers Gesundheitsreform
 * Pflegeversicherung auf Kosten der Unternehmer
 * Keine militärischen Einsätze der Bundeswehr, auch nicht unter UNO-Schirmherrschaft
 * Sofortige Neuwahlen, da die Regierungskoalition keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung hat
 * Für eine SPD-Regierung, die eine sozialistische Politik

durchführt: 'Ran an die 680 Milliarden, die die deutschen Unternehmer als flüssige Mittel auf ihren Konten angesammelt haben. Schluß mit der Diktatur von Banken und Großkonzernen: Verstaatlichung der 200 größten Banken, Versicherungen und Konzerne unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften.
 * Aufbau einer demokratisch geplanten Wirtschaft, in der nicht die Profite der Millionäre, sondern die Interessen von Millionen entscheiden.



Ein Programm die Kohl-Regierung: DM Incl. Versand. Nur gegen Vorkasse (auch in Briefmarken).

Kapitalismus versprach. In Taten blieb er allerdings auf halben Wege stehen. Er enteignete einige marode Großkonzerne und Banken und die Arbeitszeitverkürzung blieb bei 39 Stunden stehen. Die Unternehmer nutzten die Gelegenheit zum zurückschlagen und traten in einen Investitionsstreik. Die einzige Alternative zur Mobilisierung der Arbeiterklasse für den Sturz der Unternehmerherrschaft war die Kapitulation. Mitterand entschied sich für letzteres und ging zu Sparpolitik und Reformabbau über.

Großangriff auf Arbeitnehmerrechte

Mit seinem Wahlsieg im März 1983 hatte Kohl vorerst freie Bahn für seine Robin-Hood-Verkehrtherum-Politik (Den Armen nehmen und den Reichen geben). Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung, Schüler-Bafög und Sozialhilfesät-

USA vor den Präsidentschaftswahlen

Arbeiter haben keine Wahl

„Die Belohnung für unseren globalen Sieg kassieren“ will George Bush nach den Wahlen im November. Doch dazu wird es wahrscheinlich nicht mehr kommen. Derzeit liegt er in Umfragen hoffnungslos hinter seinem Konkurrenten Bill Clinton, dem Kandidaten der Demokratischen Partei.

Bush steht als Personifizierung der Krise und des Abstiegs, den die USA in den 80ern erlebt haben, zur Wahl. Unter ihm hat sich der Schuldenberg verdoppelt und erreichte die überirdische Größe von 4 Billionen Dollar. Jeden Tag kommen eine Milliarde Dollar hinzu. Bush kann den Wählern nicht vermitteln, wie er den Kurs des „Dampfers Amerika“, besonders in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, ändern will. 29 Prozent der Amerikaner haben Angst vor ihrer Zukunft.

Alles was Bush im Wahlkampf zu bieten hat, sind ein paar Steuererleichterungen, die er allerdings durch gleichzeitige Kürzungen im Gesund-

20 Prozent erhöht haben, liegen die Reallöhne 19 Prozent unter der Marke von 1973.

Es ist kein Wunder, daß 90 Prozent der befragten Amerikaner vor den Wahlen in Umfragen erklären, sie wollen eine „wirkliche Veränderung in der Politik“.

Clinton – das kleinere Übel?

Als „Alternative“ bei diesen Wahlen schicken die Demokraten Bill Clinton ins Rennen. Er kommt aus dem Bundesstaat Arkansas. Die Gewerkschaftsführer versuchen, ihn den Arbeitnehmern als das kleinere Übel schmackhaft zu machen, das man schlucken müsse.

Doch der große Vorsprung von Clinton (und sein zu erwartender Wahlsieg) heißen nicht, daß große Hoffnungen hinter seiner Kandidatur stehen. Die meisten sehen keinen Sinn darin, am Wahltag ihre Stimme für einen der beiden Kandidaten abzugeben. Die letzten beiden Kandidaten registrierten mit den Stimmen von gerade 27 Prozent der

wie die Republikaner landesweit durch Investitionsanreize schmeißt er Steuergelder in den Rachen der Konzerne, unter seiner Regierung sind die Sicherheitsbestimmungen für Arbeiter die schlechtesten im ganzen Land und die Löhne rangieren auf dem vorletzten Platz. Sein „right to work“ Gesetz machte es den Unternehmen leichter, die Gewerkschaften aus den Betrieben herauszudrängen.

Die Demokraten haben gemeinsam mit den Republikanern die Luxussteuern für die Reichen abgeschafft und auch jetzt unterscheiden sie sich in Fragen wie Stellenabbau im öffentlichen Dienst oder Kürzungen von Sozialausgaben in der Regel nur um wenige Prozentpunkte.

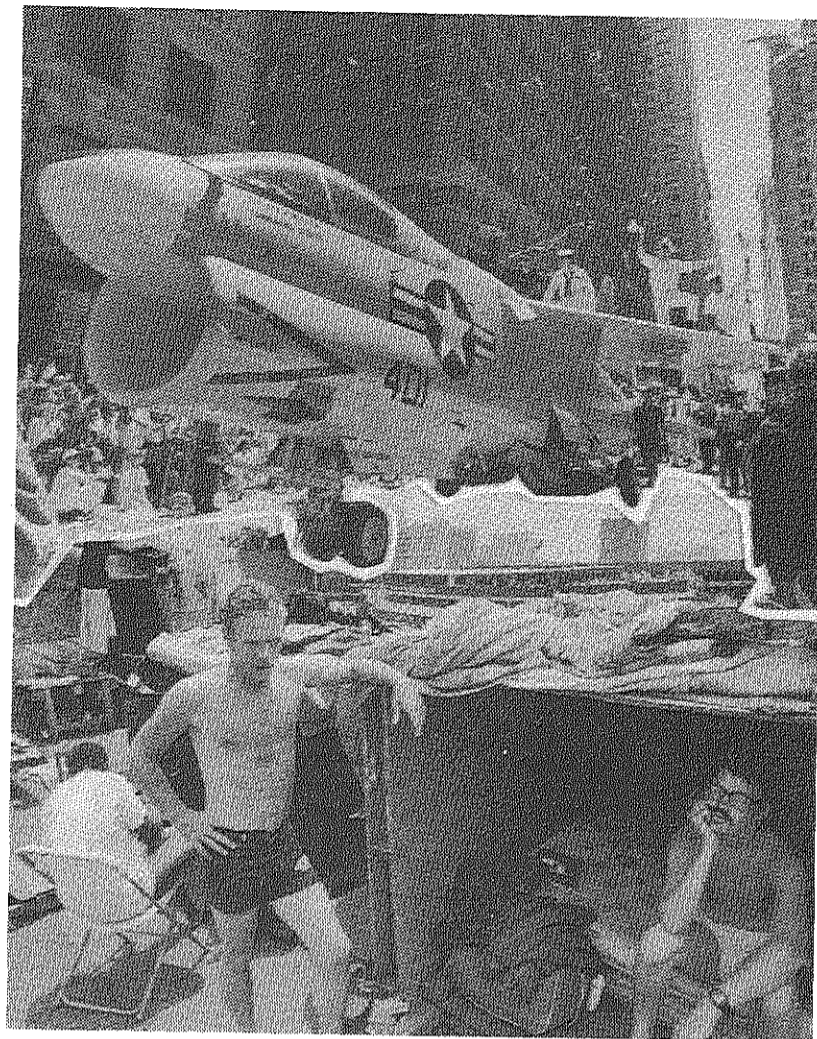
Wahlkampf für die „heile Familie“

Um von ihrer Ohnmacht dem gesellschaftlichen Niedergang des US-Kapitalismus gegenüber abzulenken, haben die großen Parteien die Familienfrage als Wahlkampfthema entdeckt.

Jeder der Kandidaten versucht zu beweisen, daß seine Familie intakter als die des anderen ist. Außerdem werden „traditionelle Werte“ wieder in den Vordergrund gerückt und der Wahlkampf wird auf dem Rücken von Minderheiten, wie den Homosexuellen, ausgetragen. Die intakten Familien, die beschworen werden, gibt es aber höchstens noch in den Vororten, in die sich immer mehr weiße Familien aus dem Mittelstand vor dem sich ausbreitenden Elend flüchten.

Hier wird angesichts der Tatsache, daß die meisten Wähler keine Illusionen mehr in die Politik der beiden großen Parteien haben, auch der eigentliche Wahlkampf geführt.

„Sowohl der Präsident George Bush als auch der demokratische Präsidentschaftskandidat buhlen dort derzeit um die Gunst der weißen, doppelverdienenden Doppelgaragenbesitzer, der



Die Siegesfeiern nach dem Golfkrieg sind längst vergessen - Armut und Obdachlosigkeit sind auf dem Vormarsch

„vergessenen Mittelklasse“ wie Clinton sie nennt.“ (Frankfurter Rundschau, 11.9.92)

Arbeiterpartei notwendig

70 Prozent der Amerikaner wollen eigentlich weder Bush noch Clinton wählen. Der texanische Milliardär Ross Perot, der zeitweise in Umfragen vor Bush und Clinton lag, zeigte, welches politische Vakuum derzeit besteht und wie zerbrechlich die politische Lage in den USA ist. Mit seinen einfachen Parolen gegen „die schmutzige Politik“ und seinem Image des „Nicht-Politikers“ gelang es ihm ohne ein wirkliches Programm, in kürzester Zeit breite Unterstützung zu bekommen (bevor er das Handtuch schmeißt und sich in eines seiner vielen Luxus-Hochhäuser zurückzog).

Was in den USA fehlt, ist eine unabhängige Partei der Arbeitnehmer. Die Führungen der Gewerkschaften wei-

gern sich, eine politische Alternative zu den beiden Parteien des Großkapitals aufzubauen: für ihre Politik des Abwiegens von Kämpfen und der faulen Kompromisse mit den Bossen paßt ihnen das Bündnis mit den Demokraten besser.

Perots Erfolge haben gezeigt, wie offen die unzufriedene Mehrheit der US-Amerikaner für eine auch nur scheinbar neue politische Kraft ist. Von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern würden nach Umfragen 60 Prozent eine Arbeiterpartei wählen.

Eine Arbeiterpartei mit einem sozialistischen Programm gegen die Herrschaft der Großkonzerne könnte sehr schnell eine breite Unterstützung durch die arbeitende Bevölkerung erlangen und einen wirksamen Kampf gegen den weiteren Absturz der USA in Armut und Verelendung führen.

Oliver Schulz, Kassel
Jungsozialist

Hunger im reichsten Land der Welt

Eine Studie der Bostoner Tuft-Universität zeigt, daß in den USA 30 Millionen Menschen nicht genug zu essen haben. Damit hat sich die Zahl der Hungernden in den USA seit Mitte der 80er Jahre verdoppelt.

Die Studie verweist darauf, daß der Hunger zu Lernschwierigkeiten bei Kindern, häufigeren Erkrankungen bei älteren Menschen und nachlassender Arbeitskraft bei Berufstätigen führe.

Die Zahl der US-Amerikaner, deren Einkommen unter der „Armutsgrenze“ (9.700 DM bei Ledigen, 19.500 DM bei einer Vier-Personen-Familie) liegt, ist nach Angaben des Amtes für Volkszählung 1991 auf 35,7 Millionen gestiegen.

Weniger als 11 Prozent der Weißen, aber 32,7 Prozent aller Schwarzen sind auf Lebensmittelmarken und Wohlfahrtsschecks angewiesen. (Frankfurter Rundschau, 11.9.92)

heitsbereich bezahlen will.

Ein Kommentator meinte, Bush würde zu jeder Zeit und unter allen Umständen soviel Optimismus verbreiten, als sei er Mitglied einer New-Age-Sekte, die den Leuten erkläre, „wenn ihr nur fest genug wollt, wird sich schon was verändern“.

Wirtschaftskrise seit 1990

Doch während Bush predigt, bricht die Kanzlei unter ihm zusammen. Nach seiner letzten Grundsatzzrede zur Wirtschaft fiel der Dow-Jones-Aktienindex prompt um 50 Punkte und der Dollar unter 1,40 DM. Seit 1 1/2 Jahren kommt die Wirtschaft nicht richtig aus der Rezession heraus und steht vor ihrem 3. Einbruch in Folge.

Der eigentliche Grund dafür ist aber weniger die persönliche Unfähigkeit der Bush-Regierung. Mit Fernsehdiskussionen über den Gesundheitszustand Bushs lenken die US-Medien während des Wahlkampfes davon ab, daß der US-Kapitalismus zu einer Zeit, wo Konzerne Rekordgewinne erzielen, international hinter seine Konkurrenten zurückfällt.

Die Unternehmen spekulieren mit ihrem Geld, anstatt es in die Verbesserung der Industrie zu stecken. Beispielhaft ist, daß die drei größten Automobilkonzerne und Flaggsschiffe der US-Industrie im letzten Jahrzehnt über 52 Milliarden Dollar Profite gemacht haben, aber keine Investitionen tätigten und jetzt 10.000ende von Beschäftigten auf die Straße setzen. In der Amtszeit von Präsident Bush sind bisher 8 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen.

Während sich die Profite der US-Konzerne in den letzten 10 Jahren um

wahlberechtigten Bevölkerung.

Es gibt allerdings auch einen Teil der US-Bevölkerung, der in Clinton die Hoffnung auf ein Ende der 12jährigen Verschuldungs- und Verarmungsorgie, die die Regierung der Republikaner für die Amerikaner mit sich brachte. Der Wahlparteitag der Demokraten spiegelte diese Erwartungen und den Wunsch nach radikaler Änderung wider. In einigen Bereichen stehen die Demokraten links von den europäischen sozialdemokratischen Parteien.

So verspricht Clinton, 220 Milliarden Dollar über vier Jahre in die amerikanische Infrastruktur (Technologie, Straßen...) zu investieren. Er verspricht, eine Pflicht-Krankenversicherung für alle Arbeiter einzuführen. Aber er verriet nicht, woher das Geld kommen soll. Sein Chefberater sagt unverhohlen: „Der Kapitalismus als solcher läßt sich nicht managen...“ und offenbart, daß auch Clinton die Krise der blinden Marktwirtschaft nicht lindern kann.

Krugman, ein angesehener Wirtschaftsfachmann, sagte angesichts der Wahlen: „Weder Clinton noch Bush können kurzfristig etwas ändern“ und kündigt „eine Zeit geschmälerter Erwartungen“ an.

Politisch stehen Clinton und die Demokraten zwar in traditioneller Verbindung mit den Gewerkschaftsführungen, aber noch enger ist ihr Kontakt zur Wall-Street. Bill Becker, Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes aus Arkansas: „Clinton ist hauptsächlich der Freund des 'big business' ... Jedesmal wenn er behauptet hat, unser Freund zu sein, haben wir uns am Ende mit einem Messer im Rücken wiedergefunden.“

In Arkansas, wo Clinton regiert, betreibt er dieselbe Unternehmerpolitik

Griechenland

Jede Woche ein Generalstreik

Es gab einen 24stündigen Generalstreik in der ersten Septemberwoche und je einen 48stündigen Generalstreik in der zweiten und dritten Septemberwoche.

Die Angestellten der Banken, Elektrizitätswerke, Post-, Telefon- und Verkehrsgesellschaften und anderer öffentlicher Bereiche waren seit Anfang September im Ausstand. Die Universitäten sind bestreikt und teilweise besetzt worden, auch Anwälte, Ärzte und Lastwagenfahrer streiken. Das ist die größte Streikbewegung seit mehr als zehn Jahren.

Meuterei der Busfahrer

„Bullen, Schweine, Killer!“ riefen die Athener Busfahrer auf einer Demonstration Ende August. Sie streiken seit dem 24. Juli gegen Entlassungen und Privatisierung. 1300 der 8000 Beschäftigten wurden entlassen.

Die griechischen Polizei-Sondereinsatzkommandos haben eine gewalttätige Tradition, sie haben die Streikposten der Busfahrer angegriffen. Aber die schlugen zurück und riefen: „Nichts wird uns aufhalten. Wir lernen von Eurer Gewalt.“

Die Regierung setzt Armeelastwagen ein, um den Streik zu brechen, aber die Busfahrer sind um so entschlosse-

ner. Und trotz des Chaos, das seit zwei Monaten in Athen herrscht, unterstützen nach Umfragen 65 Prozent der Bevölkerung die Busfahrer, was alle Kommentatoren und vor allem die Regierung völlig überrascht hat. Es gab Solidaritätsstreiks von Arbeitern im Privatsektor, die zum Teil nie vorher gestreikt hatten.

Generalangriff der Regierung

Die Streikwelle richtet sich gegen die brutalen Kürzungen der Regierung im sozialen Bereich. Sie hatte Pläne vorgelegt, die Beiträge zur Sozialversicherung für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst heraufzusetzen, gleichzeitig die Bezüge herab- und das Pensionsalter von 60 auf 65 Jahre heraufzusetzen. Sie hat die Reaktion der Arbeiter auf diesen neuen Angriff völlig unterschätzt.

Seit die rechte „Neue Demokratie“ 1990 an die Macht kam, haben Arbeiter in allen Bereichen gegen ihr Kürzungsprogramm gestreikt: Angestellte im Öffentlichen Dienst, Bauern, Krankenschwestern, Ärzte, Müllmänner und Lehrer. Es gibt einen Lohnstopp für den Öffentlichen Dienst, wo 15 Prozent aller Arbeitnehmer arbeiten. Die Benzinpreise werden um ein Drittel angehoben und zusätzliche Steuern auf die Wasserrechnungen erhoben.

Griechenland ist das einzige EG-Land, das bis zur derzeitigen Währungskrise nicht Mitglied im Europäischen Währungssystem war und die Regierung argumentiert, daß all diese Maßnahmen nötig seien, um Griechenland an die „reicheren“, nordeuropäischen Länder anzugleichen.

Nieder mit der Regierung!

Aber die arbeitende Bevölkerung hat keine Lust, den Preis für die kapitalistische EG und die Maastrichter Verträge zu zahlen, das haben die Streiks der letzten Wochen gezeigt.

Am 10. September fand in Athen eine Gewerkschaftskundgebung mit 200.000 Teilnehmern statt, die größte seit mehr als zehn Jahren. Die Forderung nach dem Sturz der Regierung stand klar im Vordergrund, die Streikbewegung ist eindeutig politisch. Aber die Führung des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE hat die Streiks am 17. September für beendet erklärt, der Tag, an dem das Parlament die neuen Pensionsgesetze verabschiedete.

Damit verspielen die Gewerkschaftsführer nicht nur die Chance zum Sturz der Regierung und zur Zurückschlagung der Angriffe. Sie lassen auch die Busfahrer im Stich, die so schnell vermutlich nicht aufgeben werden, aber auf die Solidarität der anderen Bereiche angewiesen sind.

Blutiger Krieg gegen die Kurden

Im türkischen Teil Kurdistans herrschen derzeit bürgerkriegsähnliche Zustände, die unter dem Namen „Anti-Terror-Operation“ laufen. Mehrere kurdische Städte wurden von türkischen Staatseinheiten dem Erdboden gleichgemacht. Zum Beispiel wurde am 18./19. August die Stadt Sirnak mit über 50 Panzern angegriffen.

Der Vorwand: „Kampf gegen PKK-Terroristen.“ So sind ca. 50 Menschen getötet, über 2000 Männer und Jugendliche verhaftet und 15.000 Menschen vertrieben worden.

Das ist nicht das Bild der türkischen Demokratie, das Ministerpräsident Demirel vor seinem Wahlsieg gemalt hatte. Er hatte versprochen, daß er sich für Menschenrechte einsetzen werde, daß Folter ein Fremdwort für ihn sei, und daß er sich der sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung annehmen werde. Es ist in Gefängnissen immer noch an der Tagesordnung, po-

litisch Gefangene zu foltern. Linke werden auf offener Straße niedergeschossen. Noch dazu finden während der Regierungszeit Demirels die schärfsten Angriffe auf die Kurden statt.

Und was sagt Demirel zu den Flüchtlingen, die nicht sterben wollen? „Kehrt zurück! Umarmt euren Staat!“ (taz 29.8.92) Immerhin gibt Demirel zu, daß das mit der Demokratie doch nicht geklappt hat. Die Lösung sieht er darin, die „kommunistischen“ Organisationen zu zerschlagen. ein Zitat von ihm übersetzt aus den türkischen Fernsehnachrichten, lautet: „Ein Bürger der behauptet, ein Kurde zu sein, ist kein Kurde, sondern ein Terrorist!“ Es werden nicht nur kurdische „Terroristen“ umgebracht, sondern auch Türken, die an die Existenz von Kurdistan glauben.

Das kurdische Volk hat das Recht, mit Waffengewalt gegen die nationale Unterdrückung zu kämpfen. Die PKK („Arbeiterpartei Kurdistans“) ist die größte Organisation, organisiert den bewaffneten Kampf und genießt Respekt und Unterstützung bei großen Teilen der kurdischen Arbeiter und

Bauern. Der einzige Weg, Demirel und die türkische Kapitalistenklasse loszuwerden, ist ein gemeinsamer Kampf der unterdrückten türkischen und kurdischen Bauern und Arbeiter. Leider hat die PKK ein nationalistisches Programm. Sie würde eher mit einem kurdischen Großgrundbesitzer zusammenarbeiten, als mit einem türkischen Arbeiter.

Zeitweise arbeitet die PKK sogar mit den Nachbarregierungen zusammen, und zwar immer zu den Zeiten, wenn diese Auseinandersetzungen mit der türkischen Regierung haben. Die Nachbarn der Türkei, wie Iran, Irak oder Syrien, unterdrücken selbst ihre kurdischen Minderheiten und unterstützen die PKK nur solange, bis die Regimes sich wieder einig sind. Die Regierungen haben kein Interesse an den Kurden!

In der Türkei, wie auch in allen anderen Staaten, wo nationale Unterdrückung herrscht, müssen starke Massenorganisationen aufgebaut werden, in denen alle Arbeiter, türkische und kurdische, gemeinsam gegen den tatsäch-



lichen Feind kämpfen können – gegen die Unternehmer, Großgrundbesitzer und deren Regierung. So können die Rechte aller nationalen Minderheiten und aller in der Türkei lebenden Arbeiter durchgesetzt werden!

Nur auf diesem Weg ließe sich auch ein separater kurdischer Staat errichten, der politisch und wirtschaftlich le-

bensfähig wäre. Denn dafür müßten die Arbeiter der Türkei und der anderen Staaten der Region gemeinsam ihre Regimes stürzen und den Aufbau einer Föderation demokratischer und sozialistischer Staaten erkämpfen.

Suna Uldag, Aachen
Jungsozialistin

Krieg im ehemaligen Jugoslawien

Nationalismus – letzter Ausweg für die Herrschenden

Kohl versprach ein blühendes Ostdeutschland, Bush eine neue, friedliche Weltordnung und die europäischen Regierungen ein harmonisches Europa. Der Krieg in Jugoslawien zeigt die tägliche Wirklichkeit und legt die Unfähigkeit unserer Regierenden offen, irgendein Problem zu lösen. Sie tragen einen großen Teil der Verantwortung für diesen Krieg.

In unseren Medien wurde ein klares Feindbild aufgebaut: Schuld an allem sind die Serben. Hinter diesem Feindbild stehen knallharte wirtschaftliche Interessen: besonders das deutsche Kapital ist an Kroatien und Slowenien interessiert.

In manchen Zeitungen wird die Anti-Serben-Propaganda dadurch ersetzt, daß der schlichte Eindruck entsteht, alle Balkanvölker seien total verrückt und fanatisch.

Es stimmt natürlich, daß der Balkan schon in der Geschichte ein Pulverfaß war. Das kann man allerdings nicht mit der „besonderen Psychologie eines Jugoslawen“ erklären. Nationale und religiöse Konflikte entstehen, wenn soziale und wirtschaftliche Probleme einen Nährboden dafür bieten und von den Herrschenden eine bewußte Spaltungspolitik betrieben wird, um ihre Macht zu behalten oder zu festigen.

Der Zusammenbruch der stalinistischen Diktatur brachte auch in Jugoslawien Bewegungen der arbeitenden Bevölkerung gegen die privilegierten Bürokratie. Wie in der Ex-Sowjetunion gerieten die Bürokraten sowohl in der Zentralregierung als auch in den einzelnen Republiken in Panik vor der Bewegung des Volkes.

In Kroatien und Slowenien nutzten sie die Hoffnungen von Teilen der Bevölkerung in die Marktwirtschaft und schürten den Nationalismus. In Kroatien führte das zu Ängsten und Widerstand der serbischen Minderheit. Im September 1990 kam es zu Aufständen der Serben in Kroatien, deren Autonomieforderung von der kroatischen Regierung mit Polizeieinsatz unterdrückt wurde.

Auch der serbische Präsident Milosevic geriet im Frühjahr 1991 durch Streiks und Demonstrationen in Belgrad immer mehr unter Druck. Aus einem Bericht der englischen Zeitung Financial Times vom 27.6.1991 geht hervor, wie die bedrängten Führer Tudj-

man (Kroatien) und Milosevic (Serbien) sich gegenseitig aus der Patsche helfen und „ihre“ Territorien zunächst in Verhandlungen abstecken wollten:

„... die unangefochtene Stellung von Slobodan Milosevic, dem sozialistischen (früher kommunistischen) Präsidenten, wurde auf die Probe gestellt, nachdem Zehntausende in den Straßen gegen die Übernahme der Medien durch die Sozialistische (früher Kommunistische) Partei demonstrierten, zwei Menschen wurden getötet und 90 verletzt. Milosevic geriet in Panik. Sechsmal rief er die Armee zur Hilfe, um die Demonstration niederschlagen zu lassen. Die Armee traf endlich ein, blieb aber nur für einen Tag. Milosevic wurde nicht von der Armee gerettet. Er wurde von seinem Rivalen Präsident Tudjman gerettet. Am 25. März trafen sich beide heimlich in Karadjordvedo in Serbien. Dort wurde eine Übereinkunft erzielt, Markovic zu stürzen und Bosnien-Herzegowina zwischen Serbien und Kroatien aufzuteilen.“

Streiks und Demonstrationen setzten sich fort. Wegen der Gefahr, beim nächsten Ansturm der Arbeiterbewegung weggefegt zu werden, hetzten die nationalistischen Führer die Arbeiter gegeneinander in einen Krieg. Faschistische Truppen in Kroatien (Ustascha) wie in Serbien (Tschetniks) erledigen die dreckige Arbeit der „ethnischen Säuberungen“. Verlierer ist die Arbeiterklasse aller Nationalitäten im ehemaligen Jugoslawien.

Kein Frieden durch die UNO

Die westlichen Regierungen würden schon lieber ein Ende des Bürgerkrieges sehen – die wachsende Instabilität in Europa bringt sie in Schwierigkeiten, denn die internationalen Kräfteverhältnisse und Beziehungen geraten aus den Fugen und möglicherweise außer ihrer Kontrolle.

Aber alle halbwegs realistischen bürgerlichen Politiker – die sonst immer so selbstsicher vom Sieg ihres Systems und von Demokratie und Frieden erzählen – sehen selbst, daß sie mit keiner Lösung aufwarten können. Was sie natürlich verschweigen, ist ihre eigene Verantwortung für den Krieg.

Sie haben mit dafür gesorgt, daß die Revolution der serbischen Arbeiter gegen die stalinistischen Führer abgewürgt wurde. Sie haben dafür zuerst die Belgrader Zentralregierung und

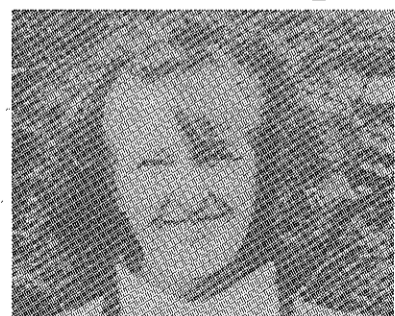
dann nationalistische Führer wie Tudjman unterstützt.

Die westlichen Mächte werden akzeptieren, daß Bosnien aufgeteilt wird. Serben und Kroaten haben ihr Kriegsziel weitgehend erreicht und es kann zu einem „Frieden“ auf der Grundlage eines unsicheren Gleichgewichts der Kräfte kommen. Die Bosnier sowie alle Vertriebenen müßten ihr Schicksal vorerst akzeptieren, während UN-Truppen die Friedhofsruhe absichern und die westlichen Politiker weiter ihre Kuhhandel mit den nationalistischen Führern aller Kriegsparteien betreiben. Der Balkan bleibt ein Pulverfaß.

Pazifisten und Idealisten aus der Friedensbewegung sind jetzt, wo der Krieg direkt vor der Tür stattfindet,

Schottland

Überwältigender Wahlsieg für Marxistin



Christine McVicar, Militant-Vertreterin im Regionalparlament

Einen Tag nach der Nachwahl zum Strathclyde Regional Council (Regionalparlament Westschottland) lasen sich die Zeitungen in Glasgow so: „Ein weiteres Anzeichen dafür, wieviel von Labours Basisunterstützung zu Militant abwandert“ (Scotsman). „Labour vernichtend geschlagen“ (Glasgow Herald).

Diese Schlagzeilen gelten dem Wahlsieg von Scottish Militant Labour (SML) im Glasgower Wahlbezirk Easterhouse/Garthamlock. Militants Kandidatin Christine McVicar hat mehr Stimmen erhalten als alle anderen Parteien zusammen, d.h. Labour, Tories und die SNP, die schottischen Nationalisten.

stumm geworden. Vielleicht sehen sie selbst, daß moralische Appelle und Ausrufe wie „Krieg kann doch kein Mittel der Politik sein!“ (wie noch während des Golf-Krieges zu hören) weit an der Realität vorbeigehen.

Arbeitereinheit gegen Nationalismus

Wir Marxisten haben keine neutrale, pazifistische Position, sondern ergreifen für die Opfer des Krieges Partei – die arbeitende Bevölkerung im ehemaligen Jugoslawien, egal welcher Nationalität.

Die Brandstifter des Konfliktes, die nationalistischen Führer aller Republiken, müssen gestürzt werden. Solange

eine privilegierte Minderheit ihre Herrschaft verteidigt, wird sie das Mittel nationaler, religiöser oder rassistischer Spaltung benutzen, um die Bevölkerung in Schach halten zu können.

Einen Neuanfang in Jugoslawien kann es nur geben, wenn die ArbeiterInnen aller Nationalitäten gemeinsam gegen ihre Regierungen vorgehen und selbst die Macht erkämpfen. Auf der Grundlage einer Arbeiterdemokratie kann das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker garantiert werden. Dann könnte auch – mit gegenseitiger Unterstützung und demokratischer Planung – der Wiederaufbau der Wirtschaft begonnen werden.

Angelika Teweleit, Kassel
Jungsozialistin

Das besondere daran ist, daß SML eine klassische Hochburg von Labour aufgebrochen hat – und das ohne jegliche Verankerung im Stadtteil und mit einer zuvor völlig unbekanntem Kandidatin, während Labour einen beliebten Aktivisten an die Wahlkampffront geschickt hatte, der Christines Unbekanntheit ausnutzte und sie als Außenseiterin darstellte.

Vor einem Jahr hatten die Unterstützer der marxistischen Wochenzeitung Militant (britische Schwesterzeitung von VORAN) beschlossen, der bankrotten rechten Labour-Politik in Schottland mit SML eine Organisation für den Kampf gegen die Tories für Sozialismus und den sozialistischen Wiederaufbau der Partei entgegenzusetzen.

In Easterhouse sind 1/3 aller Männer arbeitslos. Die Leute hier sterben mit 40 % größerer Wahrscheinlichkeit vor dem sechzigsten Lebensjahr als irgendwo sonst in Schottland. 70 Prozent der Kinder sind auf Zuschüsse für ihre Schulkleidung angewiesen.

Menschen in dieser Situation wollen Taten sehen. In ganz Schottland konnten sie verfolgen, wie Labour vor der ungerechten Kopfsteuer (Poll Tax) kapitulierte, den Schwanz einzog und für die Tories das dreckige Geschäft übernahm, die Kopfsteuer notfalls mit dem Gerichtsvollzieher einzutreiben. Militant organisierte die aktive Gegenwehr. Wenn die Tories demnächst die Wasserprivatisierung durchdrücken wollen,

ist den Leuten jetzt schon klar, daß Labour sie im Stich lassen und Militant lautstark für ihre Interessen kämpfen wird – und das sei all denen gesagt, die sozialistische Politik für tot erklärt haben und behaupten, damit könne man keine Wahl gewinnen.

Ein junger Mann aus Easterhouse in einem Fernsehinterview einen Tag nach der Wahl: „Militant sind die einzigen, die etwas für Glasgow getan haben. Es sind Militant-Unterstützer wie Tom Sheridan und dieses Mädels McVicar, die standhielten und für die Leute in Schottland gekämpft haben.“

	1990	1992
SML	—	1791 (54%)
Labour	2916 (71%)	941 (28%)
SNP	1066 (26%)	474 (14%)
Tory	122 (3%)	104 (3%)

Und die Wahlsiegerin McVicar sagte: „Das ist ein Triumph der roten Fahne über die rosa Rose (heutiges Symbol der Labour Party) und des traditionellen Sozialismus der Arbeiterklasse über die Designer-Yuppies, die die Labour Party gekidnappt haben.“ Sie sagt, daß sie im Regionalparlament allein gegen 100 Labourabgeordnete stehen wird – was sie nicht gerade in Rosen betten würde. Aber sie habe die Leute hinter sich und laut schreien könne sie auch.

Alexandra Grundmann, Köln
Jungsozialistin

Leserbriefe

schreibt uns Eure Meinungen, Erlebnisse, Kommentare ...

Lesermeinung zum Thema „Ich bin unheimlich enttäuscht“, Interview zum Mitgliederschwund in der SPD (Vorran Nr. 144 – September 92)

Liebe Genossinnen, Genossen, Freundinnen und Freunde, seit längerem ist mir Eure mutmachende „Vorran-Zeitung“ angenehm aufgefallen. Von daher traue ich Euch eine Veröffentlichung der nun folgenden Zeilen zu, wofür ich Euch schon jetzt ganz herzlich danken möchte.

Auch ich war aktives Mitglied der SPD, in unserem Ortsverein war ich sogar Mitglied des Vorstandes. Ich wechselte dann zur Partei „Die Grünen“, da auch mir einiges an der SPD, bzw. an unserem Ortsverein, nicht gefallen hatte.

Bei den Grünen übte ich im Kreisvorstand die gleiche Funktion aus wie zuvor in der SPD. In beiden Parteien

war ich Schriftführer. Bei einigen Demonstrationen kam ich mit befreundeten Genossinnen und Genossen der SPD zusammen und so auch, wie es bei fortschrittlichen Demos üblich ist, mit Freunden aus dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und anderen fortschrittlich denkenden Kräften. Mit diesen unterhielt ich mich über mein Problem mit der SPD, und wie Ihr es Euch denken könnt, gehöre ich zu den älteren Hasen im Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus/Nazismus. Diese Standpunkte in der gegenwärtigen SPD zu vertreten, und das wisst Ihr als Marxisten in der SPD ebensogut wie ich, fällt äußerst schwer und erscheint mir fast unmöglich. Dennoch waren es meine Freundinnen und Freunde aus dem sozialistisch-kommunistischen Parteienspektrum, die mich ermunterten, doch wieder in die SPD einzutreten – mit der Aussage, daß die Linken in der SPD es immer schwerer haben, ihre politischen Ziele anzubringen und durchzusetzen.

Wie recht sie doch mit dieser Behauptung haben, zeigt sich in der Annäherung der SPD an den „linken Rand“ der CDU. Die Grenzen zwischen dem „linken Rand“ der CDU und dem „rechten Flügel“ der SPD sind fließend geworden, und von daher kaum noch politisch und sozial zu unterscheiden. So ist nicht nur das Empfinden der Wählerinnen und Wähler, die sich von der SPD abgewandt haben und die heute entweder PDS oder auch ultrarechts oder gar nicht mehr wählen. Hier wurde von allen gewählten Volksparteien eine Verunsicherung erzeugt, die nicht mehr zu verantworten ist und die unser Land in einem kriegsähnlichen Trancezustand versetzt. Ursache ist eine rechtsorientierte und erpressbar gewordene Regierungs-

koalition und die stärkste Oppositionspartei SPD, die seit langem ihre sozialistischen Ziele und ihren vormals ehrenhaften Anspruch, Arbeitnehmerpartei zu sein, aufgegeben hat.

Das heißt, unsere ArbeitnehmerInnen fühlen sich durch die SPD nicht mehr vertreten. Das Resultat ist einmal der schlimme Rechtsruck in der Arbeiterklasse wie auch die sogenannte Partei der NichtwählerInnen, die an Masse und Stärke zunimmt. Nur äußerst schlimm und bedenklich ist die Tatsache, daß aus verständlichen aber nicht zu unterstützenden Gründen immer mehr Linke in der SPD die Partei verlassen, obwohl gerade sie dringendst gebraucht werden.

Denn wer etwas in der SPD zurechtbringen will im Sinne ihrer Tradition, als sie sich noch Arbeiterverein nannte, kann und darf diese Partei nicht verlassen, oder man sollte schnellstens wieder zur SPD zurückkehren, um zumindestens den Versuch zu unternehmen, die SPD wieder zu dem zu machen, was sie einmal war und wofür sie mit Hilfe der damaligen Arbeiterklasse kämpfte. Es waren und sind die ArbeitnehmerInnen, die die SPD zu dem machten, was sie einmal war und leider nicht mehr ist. Diese Gründe und viele andere bewegten mich nach langem Nachdenken, wieder in die SPD einzutreten, obwohl das eine schwere Entscheidung war, die mir noch einiges zum Nachdenken aufgibt.

Gerade jetzt, da braune Politgangster wieder Menschen in unserem Land bedrohen und auch durch Brandbomben, Steine und Schläge in Lebensgefahr bringen, ist Stärke gefragt.

Wenn sich die SPD-Führung abermals besänftigend oder gar still verhält, so muß man ihr abermals den Vorwurf der Mitschuld machen, denn eigentlich müßte sie aus ihrer Vergangenheit im Umgang mit braunen Politverbrechern gelernt haben, daß Stillhalten und Verharmlosen mehr schaden kann, als zur Offensive überzugehen.

Horst-Dieter Nentwich, Siegen



Buchbesprechung „Die eiserne Ferse“ von Jack London

Der amerikanische Schriftsteller Jack London ist vor allem wegen seiner spannenden Abenteuergeschichten bekannt. Daß London revolutionärer Sozialist war, ist relativ unbekannt.

Sein Landsmann und Schriftstellerkollege Upton Sinclair schrieb über ihn: „Seine Liebe für die Wahrheit war eine Leidenschaft, sein Haß gegen Ungerechtigkeit brannte wie vulkanisches Feuer“.

Das wird in Londons Roman „Die eiserne Ferse“ besonders deutlich. Obwohl dieser Roman vor über 80 Jahren geschrieben wurde und trotz seines utopischen Charakters, ist er auch heute noch wesentlich aussagekräftiger und aktueller als die Wunschträumereien vieler bürgerlicher Kommentatoren und mancher Linken.

„Die eiserne Ferse“ hat folgende Handlung: Im letzten Drittel des dritten Jahrtausends wird in den USA ein 700 Jahre altes Manuskript gefunden. Dieses Manuskript stammt von Avis Everhard, der Frau des Revolutionärs Ernest Everhard. Avis beschreibt ihre Entwicklung von einer bürgerlichen Professorentochter zu einer sozialistischen Revolutionärin. Das geschah hauptsächlich durch Ernest Everhard. Seine Auffassungen und Schlußfolgerungen werden in Diskussionen mit Kapitalisten und ihren Handlangern dargelegt. Der erste Teil des Buches stellt also eine lebendige und leichtver-

ständliche Einführung in den Marxismus dar. Theoretische Irrtümer – die vereinzelt auftreten – werden durch die kraftvolle Schilderung ausgeglichen.

Doch der zweite Teil des Romans ist noch wertvoller als der erste. Auf eindringliche Weise schildert Jack London seine Zukunftsvision: zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Niedergang und aus dieser Situation hervorgehende blutige Formen des Klassenkampfes zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Durch brutale Gewalt und unverhüllte Diktatur der „eisernen Ferse“ gelingt es den Herrschenden, das Ausbeutungssystem zu erhalten. Aber nicht für ewig – „eine Gesellschaft, die auf Ausbeutung beruht, ist dazu verurteilt unterzugehen“.

Schon in der Entstehungszeit des Romans wurden revolutionäre Auffassungen in der Sozialdemokratie immer mehr zurückgedrängt und durch die reformistische Idee vom reibungslosen Hintüberwachen vom Kapitalismus zum Sozialismus ersetzt. Auch diese Gefahr sah London ziemlich klar. In der Eisernen Ferse heißt es: „Es ist ein alter Trick, so alt wie der Klassenkampf – der Arbeitsarmee ihre Führer abspenstig zu machen. (...) Es ist billiger, so viel billiger, einen General zu kaufen, als seine gesamte Armee zu bekämpfen.“ Das hört sich an wie ein Kommentar zur gegenwärtigen Politik der SPD-Führung!

Matthias Narbei, Langenstein (Sachsen-Anhalt)
Jungsozialist



Preis 4,- DM. Bestellungen nur gegen Vorkasse bei der Redaktion zugänglich 2,- DM für Versandkosten (kann auch in Briefmarken beigelegt werden).

Kampffonds Jetzt das Ruder 'rumreißen!

Jede Nacht brutale Überfälle auf Asylbewerber in Ost und West! Durch die Sündenbockdebatte der Politiker aller Bundestagsparteien zum Asylrecht fühlen sich die Neonazis nur ermutigt.

Die soziale Lage in Deutschland erfordert dringend politische Antworten, die die Verbindung zwischen den Taten der rechtsextremen Randalierer und denen der Kohl-Regierung aufzeigen. VORAN gibt die Antworten und ist bereit, den Widerstand gegen beide Verbrecherbanden zu organisieren.

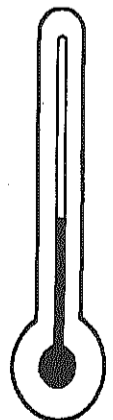
Wir stellen Unterschriftenlisten, Faltblätter, Broschüren und Buttons für diese Kampagne zur Verfügung. Deren Verkauf bringt uns die Einnahmen, die wir dringend im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft brauchen. Bei der Mobilisierung für die JRE-Demo in Oktober haben Voran-Unterstützer in Berlin und Kassel bereits gezeigt, wie diese Arbeit unsere Kampffonds-Ergebnisse stark aufbessern kann: In Berlin wurden durch Infostände und Teilnahme an Demos im August über 1.000 DM eingenommen. In der 1. Septemberwoche konnten Kasseler Jusos insgesamt 350 DM für den Kampffonds einfahren und ca. 150 Zeitungen verkaufen.

Es ist Zeit, das Ruder sowohl politisch als auch finanziell herumzureißen! Wir können uns Ergebnisse wie im 3. Quartal (bis heute: 6517 DM) nicht mehr leisten! Angesichts der explosiven sozialen Lage, die in den nächsten Monaten andauern wird, können wir unsere Ergebnisse verdoppeln, wenn nicht verdreifachen. Deshalb haben wir

uns für das 4. Quartal ein Ziel von 21.000 DM gesetzt. Bei guter Vorbereitung und Arbeitsteilung kann auf grossen Demos mehrere Tausend DM an Spenden reinkommen, und Demos gibts demnächst 'ne Menge, z.B. vom DGB gegen Sozialabbau in Duisburg am 26.9.; bundesweite Antifa-Demo in Frankfurt/Main am 3.10.; JRE-Demo in Brüssel am 24.10.; SPD-Sonderparteitag am 16./17.11. in Bonn, wo Massenproteste angebracht sind, um die Parteiführung wieder auf (Basis-)Linie zu bringen. Nebenher laufen kleinere Veranstaltungen vor Ort ab – die Chancen, massiv Kampffonds-Geld zu machen, sind fast unbegrenzt. Holt es Euch!!

Fiz Garvie, Redaktion

Ziel 15.500,-
3. Quartal 1992 6.517,44



Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

ih da oben ...

Arbeitslos und Spaß dabei

Der 33jährige Sohn des verstorbenen Milliardenschwindlers und Zeitungsbarrons Robert Maxwell fuhr am 10.9. in seinem silbergrauen Mercedes zum Oxforder Arbeitsamt und beantragte Arbeitslosenhilfe. Mit 43,10 Pfund pro Woche erhält er mehr als die Pensionäre des Daily Mirror, deren Pensionskassen Vater Robert jahrelang geplündert hatte. Sohn Kevin ist Großbritanniens größter Bankrotteur, er konnte die fehlenden 406,5 Millionen nicht an die Pensionskasse zurückzahlen. Haus und Grundstück hat er rechtzeitig auf seine Ehefrau überschrieben, von deren Vermögen er lebt – die Arbeitslosenunterstüt-

zung kann er dann für die Benzinkosten seines Daimlers verbrauchen.

Konjunkturprogramm

Das Ritz-Hotel in London vergibt einen neuen Preis – „Geschäftsmesser des Jahres“ – an den Geschäftsmann, der am meisten „für die Erholung der Wirtschaft durch Essengehen“ tut. Der Sieger muß mindestens 5.000 Pfund im Jahr auf den Kopf hauen und „mit sechs Oberkellnern persönlich bekannt sein“.

Armenhilfe für die Exportindustrie

Die Weltbank versucht sich in der Öffentlichkeit als eine Art Wohltätigkeitsverein darzustellen. Dabei fielen nach dem jüngsten Geschäftsbericht 1991/92 nur 12 bis 15 Prozent der Mittelvergabe in die Kategorie „Projekte, die den Armen direkt zugute kommen“.

Die Gelder für Gesundheitsdienste wurden um ein Drittel auf 788 Millionen Dollar reduziert, während die Ausgaben für Verkehrswesen (plus 50



Prozent auf 2,1 Milliarden Dollar) und Stromerzeugung (plus 150 Prozent auf 3,1 Milliarden) gesteigert wurden. Kein Wunder, denn die letzten beiden Posten sind indirekte Subventionen für die Exportindustrie der großen Industrieländer. Allein die deutsche Industrie kassierte zuletzt 900 Millionen Dollar auf diesem Weg. (Frankfurter Rundschau, 16.9.92)

Alarmierende Neuigkeit

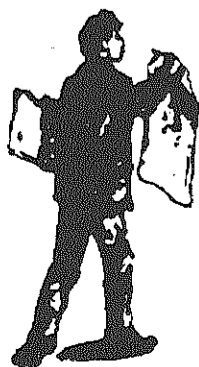
Nach einem opulenten Geschäftsessen ist ein schöner Büroschlaf genau das richtige. Eine japanische Erfindung, der „Anti-Einnick-Mann“, soll die Untergebenen davon abhalten, es ihren Vorgesetzten gleich zu machen. Wenn die Finger sich nicht mehr bewegen, wird ein lauter Alarm ausgelöst.



... wir hier unten

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____
Anschrift _____
Telefon _____
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21/13 45 04



Ich möchte

- VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM)
- NEU:** ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____
Bitte Summe auf Spendenkonto überweisen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung.

Dauerkrise in Ostdeutschland/Konjunkturreinbruch im Westen:

Arbeitsplätze sichern durch Lohnsenkungen?

Fändest du es nicht vernünftig, für ein, zwei Jahre Lohnkürzungen und längere Arbeitszeiten hinzunehmen, um Deiner von der Krise bedrohten Firma zu helfen und so die Arbeitsplätze zu sichern?

Wenn das anscheinend bei einer großen Firma wie der Lufthansa vernünftig ist, warum nicht in der ganzen Wirtschaft, wie Wirtschaftsminister Mülleman vorschlägt?

Wer so gutgläubig ist, sollte sich einmal die Wirklichkeit am konkreten Beispiel USA betrachten. Wie in Deutschland die Lufthansa, spielte in den USA der Autokonzern Chrysler die Vorreiterrolle für Lohnzugeständnisse. Das Argument war gleich: Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit durch zu hohe Lohnkosten. Zwischen 1979 und 1985 schenkte jeder Arbeiter dem Auto-Giganten 22.000 Dollar; 55.000 Kollegen opferten gar ihren Arbeitsplatz.

Die anderen Autokonzerne zogen nach und die Arbeiter der verschiedenen Konzerne wurden in einen Konkurrenzkampf geschickt, wer sich am billigsten verkauft. Nicht nur in der Automobilindustrie, auch in anderen Branchen, vor allem bei den Fluggesellschaften, wurde der Ausverkauf der Arbeitnehmerinteressen betrieben. Die Folge waren Jahre von „Givebacks“: Aufgabe von Tariflöhnen – was Lambsdorff „Öffnungsklauseln“ nennt.

Bis 1985 hatte Chrysler drei Milliarden Dollar angehäuft. Die Tarifrunde in dem Jahr war eine besonders gute Gelegenheit, die Lohnverluste der vorherigen Jahre wettzumachen, da die Kollegen sich verkohlt fühlten. Doch der Vorsitzende von Chrysler wiederholte den „Appell an die Vernunft“: „Wir müssen wieder konkurrenzfähig wer-

den. Ich hoffe, daß wir und die Gewerkschaft dafür zusammenarbeiten können.“ Die Funktionäre ließen sich darauf ein. Sie waren in der Logik ihrer verfehlten Strategie gefangen.

Die anderen Unternehmer setzten diese Politik fort. „Die Löhne sind einfach zu hoch, um langfristig konkurrenzfähig zu bleiben. Wir brauchen permanente Lohnkürzungen.“ (Kommentar des Wall Street Journal vom 3.9.85).

Die Realstundenlöhne im größten Industrieland der Welt sind heute 19 Prozent niedriger als vor 20 Jahren. 1979 verdiente ein Arbeitnehmer dort im Schnitt 215 Dollar pro Woche, ein Jahrzehnt später nur 191 Dollar. Um über die Runden zu kommen, mußten die Arbeitnehmer sich in den letzten 10 Jahren hoffnungslos verschulden. Diese Schuldenlast und geringe Kaufkraft sind ein wichtiger Grund dafür, daß die US-Wirtschaft in der längsten Rezession seit den 30er Jahren steckt und nicht herauskommt.

Auf der anderen Seite preßten allein Chrysler, Ford und General Motors von 1982-88 52 Milliarden Dollar Gewinne aus ihren Belegschaften heraus. Während der Zeit der Lohnopfer erhöhten die Manager der Konzerne ihre Gehälter um 400 Prozent und „verdienen“ jetzt das 160-fache des Lohns ihrer Arbeiter. Das reichste 1 Prozent der Bevölkerung hat mehr Reichtum angehäuft als die unteren 90 Prozent (zur Armut in den USA siehe Seite 8).

All das bestreiten die Verfechter der Marktwirtschaft nicht. Ihre Rechtfertigung ist: „Das System funktioniert“. Ja wirklich? Nach all' den Opfern der Arbeitnehmer sind 10 Prozent arbeitslos. Zwar sind die Lohnkosten in den USA 4 Prozent niedriger als vor 10 Jahren, während sie in Japan um 93, BRD um 74 und Großbritannien um 28 Prozent ge-

stiegen sind, aber siehst Du „eine blühende Wirtschaft“ in Amerika?

Der Knackpunkt ist: Im Kapitalismus kann niemand gezwungen werden, sein Kapital in Arbeitsplätze zu investieren. Das von den Arbeitern geopferte Geld wurde in spekulative Finanz- und Grundstücksprojekte gesteckt, bis die Seifenblase platzte. Die Investitionen pro Kopf lagen am Höhepunkt des Booms 1988 unter dem Niveau von 1979.

Nicht im Aufschwung der 80er und erst recht nicht in der jetzigen Krise der Weltwirtschaft hat der Kapitalismus uns eine Zukunft anzubieten. Wir brauchen eine sozialistische Gewerkschaftspolitik, d.h. den Kampf für:

- Erhalt jedes Arbeitsplatzes.
 - Arbeitsplätze schaffen durch weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.
 - Keine Reallohnsenkungen, sondern Reallohnsteigerungen und gleicher Lohn in Ost und West.
 - Branchenweite und internationale Koordination des gewerkschaftlichen Kampfes gegen Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen, damit die Arbeitnehmer in verschiedenen Unternehmen und Ländern nicht gegeneinander ausgespielt werden können.
 - Offenlegung der Geschäftsbücher bei Unternehmen, die mit Entlassungen drohen.
 - Ausbau von betrieblichen Mitbestimmungsrechten zu einer wirklichen Kontrolle der Beschäftigten über die Leitung des Unternehmens.
 - Überführung von gefährdeten Unternehmen in Gemeineigentum, damit nicht die Profitinteressen von Privateigentümern der Sanierung im Wege stehen.
- Wenn die Marktwirtschaft sich keine sicheren Arbeitsplätze und ausreichenden



den Löhne für alle leisten kann, können wir uns die Marktwirtschaft nicht mehr leisten, darum:

- Überführung der entscheidenden Wirtschaftsbereiche in Gemeineigentum (Ungefähr die 200 größten Banken, Versicherungen und Konzerne). Stopp der Privatisierungen durch die Treuhand. Verwaltung und Kontrolle aller staatlichen Unternehmen durch demokratisch gewählte Vertreter des Staates, der Gewerkschaften und der Belegschaften. Brachliegendes Kapital, Arbeitskräfte und Produktionsanlagen könnten dann im Rahmen einer demokratischen Planung voll zum Wohle der gesamten Gesellschaft genutzt werden.
 - Keine abgehobenen Bürokraten in Arbeitnehmervertretungen, Gewerkschaften und Verwaltungen, sondern jederzeit wähl- und abwählbare Vertreter, die einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn bekommen.
- Brent Kennedy, Köln
SPD-Mitglied

Wo bleibt der heiße Herbst des DGB?

Was ist mit der gewerkschaftlichen Opposition gegen die Kohl-Regierung, mit der von der NGG verlangten Demo in Bonn am 3. Oktober, mit der Mobilmachung gegen die Gesundheitsdeform und sozialen Kahlschlag? Es bleibt nur eine regionale Demonstration in Duisburg am 26. September und eine Protestaktion in Schwerin am 3. Oktober.

Mann kann auch nicht behaupten, daß einem Signal nicht gefolgt worden wäre, denn der politische Streik von 10.000 Auto- und Metallarbeitern im Juli gegen den Karenztag war ein deutlicher Beweis für die Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft der Kollegen. Warum mobilisiert die DGB-Führung nicht die Basis gegen die Bonner Politik und für die Sturz der Kohl-Regierung?

Weil sie genau wie die SPD-Führung die grundlegende Logik der Politik der Regierung und der Unternehmer akzeptiert. Sie ist nicht bereit, irgendetwas zu fordern, was die Marktwirtschaft „sich nicht leisten kann“. Stattdessen zeigt sie Bereitschaft, sich auf einen „Solidarpakt“ mit den Unternehmern und der Regierung einzulassen.

In der Streikbewegung im April und Mai wurden die Klassengegensätze in diesem Land deutlich, als CDU, FDP und die Arbeitgeberverbände gemeinsam einen Frontalangriff auf die Reallohne der Arbeitnehmer und auf ihre Organisationen führten. Das erzeugte die Einheit der ausländischen und deutschen Arbeiter und Angestellten im Kampf und eine breite Welle der Solidarität mit der ÖTV gegen Kohl. Arbeiter im Ostteil Berlins streikten spontan, um die Kollegen im Westen zu unterstützen. Die Regierung konnte die Asylbewerber nicht als Sündenbock zur Ablenkung der Arbeitnehmer benutzen.

Der „laue Herbst“ des DGB sowie die Anbiederung der SPD-Führung der Regierung gegenüber hat einen von Kohl, Seitzers und Co. angefachten, buchstäblich brandheißen Herbst des Neonazi-Terrors ermöglicht. Wenn die angehäufte Unzufriedenheit der Arbeiter und Arbeitslosen nicht positiv aufgegriffen und durch die Arbeiterbewegung organisiert wird, dann wird er negativ und reaktionär von den Rechtsextremisten genutzt! (red.)

Betriebsräte aus Ostdeutschland berichten

4 von 5 Arbeitsplätzen vernichtet



Betriebsräte protestieren in Bonn am 9. September

300 Betriebsräte aus den östlichen Bundesländern demonstrierten im September in Bonn gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Kahlschlagpolitik der Treuhand. Voran sprach mit Teilnehmern.

Nach Angaben der Betriebsräte-Initiative ist der Arbeitsplatzabbau zumindest im Bereich der Industrie noch weitaus schlimmer als bisher angenommen. In der Ost-Berliner Industrie sind seit 1990 zwei von drei Arbeitsplätzen vernichtet worden.

Da die Treuhand keine betrieblichen Statistiken veröffentlicht, stellte die Initiative selbst eine Statistik über 41 ostdeutsche Betriebe verschiedenster Industriebranchen zusammen, und zwar nach Angaben der Betriebsräte. Das Ergebnis war, daß in diesen Betrieben seit Juni 1990 78,7 Prozent aller Arbeitsplätze vernichtet worden sind.

Wie die Treuhand dabei im Interesse der westdeutschen Kapitalisten vorgeht, berichteten die Betriebsräte in einer Sitzung mit der SPD-Fraktion:

Ein Ostberliner Betriebsrat berichtete, wie die Treuhand mit SED-

Wendehälsen zusammenarbeitet, aufmüßige Betriebsräte zu disziplinieren versucht und Betriebe an Westunternehmer verschachert:

„Ich habe im August 1991 ein Schreiben an Frau Birgit Breuel gerichtet, habe es persönlich im Sekretariat Breuel abgegeben. Ich habe geschrieben, daß es doch nicht sein kann, daß die ehemaligen SED-Berufskader von der Treuhand Arbeitsverträge zwischen zwei und fünf Jahren bekommen, dann hohe Abfindungssummen vereinbart werden und daß diese Leute trotz der Forderung der Betriebsangehörigen nicht abgesetzt worden sind. (...)“

Kurz darauf kam ein Dr. Hard, seines Zeichens Bereichsdirektor der Treuhand, auf mich zu. Weil wir ja ein Dienstleistungs-Betrieb waren und immer noch sind, waren wir im Bereich ‚Dienstleistung‘ angesiedelt. Wir wurden plötzlich zu ‚Nahrung und Genuß‘ umgesiedelt. Die Erklärung folgt sofort: Herr Dr. Hard war früher Vorstandsvorsitzender bei der Stollwerck AG. Er hat dann erreicht, daß die Imhof-Gruppe, zu der die Stollwerck AG gehört, den Zuschlag bekam.

Wir hatten selbst ein Konzept entwickelt und einen Vorschlag im Rahmen von Management-Buyout und Mitarbeiter-Buyout (Aufkauf durch Belegschaft und Management) gemacht. Das wurde weggewischt, obwohl wir eine glatte Finanzierung und alles vorgelegt konnten.

Herr Dr. Hard hat mir gegenüber in einem Gespräch erklärt, daß er, wenn er in der DDR gelebt hätte, wegen der persönlichen Vorteile und damit seine

Kinder studieren könnten auch in die SED eingetreten wäre. Und so einer ist in der Treuhand, bestimmt über unsere Betriebe und verkauft diese!

Und es kommt noch viel schlimmer. Nachdem der Verkauf zugunsten der Imhof-Gruppe manipuliert wurde, sitzt dieser Herr Dr. Hard jetzt bei uns im Aufsichtsrat. (...) Die Leute, die entlassen werden, kosten den Steuerzahler Geld. Und der, der eigentlich Investor sein will, der kassiert auch noch ab.“

Ein Betriebsrat aus einer Konsumgenossenschaft prangerte die Praktiken der Banken und Immobilienspekulanten an:

„Die Konsumgenossenschaft Berlin hatte 1989 13.800 Mitarbeiter, 1993 wird sie 60 haben. Dort sind nicht alle Arbeitsplätze vernichtet, sondern zum Teil auch in Beteiligungsgesellschaften überführt worden.“

Aber man hat jetzt den interessanten Kern freigelegt, nämlich die Immobilienwerte – und die betragen immer noch 400 Millionen DM. Es sind Standorte in der Hauptstadt, wo Club-Gaststätten stehen, Kaufhallen, wo hunderte von Millionen investiert werden können.

Jeder Investor aus den alten Bundesländern spart 53,3% seiner Investitionen ein: über 25% Investitionszuschüsse, Steuerersparnisse und schnellere Abschreibungen. Auch hier haben wir wieder die Gnade der Geburt: komme ich aus dem Westteil Deutschlands, dann kriegt ich Investitionszuschüsse – ist das Unternehmen aus dem Ostteil Deutschlands, bekommt es keine. (...)“

VORAN

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

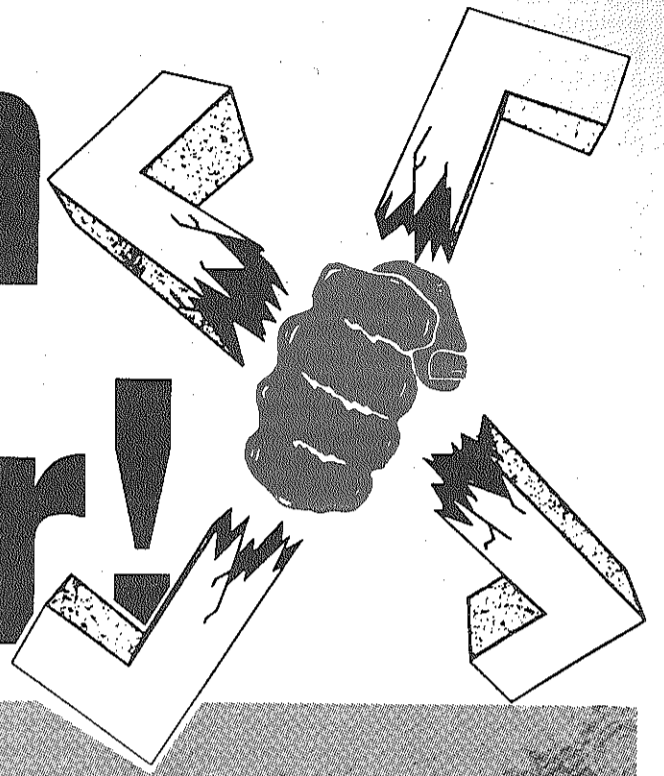
Nr. 145 - Oktober 1992

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

**Internationale
Gegen Rassismus
und Faschismus
Brüssel, 24.10**



Stoppt den Nazi-Terror!



Tägliche Brandanschläge und Angriffe auf Flüchtlingsheime. 2450 rassistische Gewalttaten und 7 Morde im letzten Jahr. 1992 schon 2200 Gewalttaten und 10 Morde allein bis zum August. Höchste Zeit, gegen den Nazi-Terror aktiv zu werden. Die Initiative Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) wurde gegründet, um den Kampf gegen die Faschisten und auch gegen die Rassisten in Regierung und Konzernnetzen aufzunehmen.

Seit dem Frühjahr bauen wir JRE europaweit auf, ausgehend von einer Initiative der belgischen antifaschistischen Organisation *Blokbuster*. In den letzten Wochen wurden in Deutschland bereits JRE-Gruppen in Rostock, Lübeck, Bremerhaven, Berlin, Kassel, Köln, Aachen, Frankfurt und Stuttgart gegründet.

In Bremen und Ulm wird JRE von den Jusos-Unterbezirken unterstützt. Dutzende von Briefen und Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet, vor allem aus Ostdeutschland, haben uns in den letzten Wochen erreicht.

Bei den Gründungstreffen waren meist zwischen 30 und 70 Jugendliche, in Rostock waren es 120 (Bericht auf Seite 4). In Berlin sind inzwischen vier JRE-Stadtteilgruppen aktiv. In Kassel gab es eine JRE-Gründung an einer Schule mit 50 Anwesenden.

Auf unseren Treffen diskutieren wir die aktuelle politische Lage und bewaffnen uns mit Argumenten gegen die von Politikern, Medien und Nazis geschürten Vorurteile.

Im Vordergrund steht jedoch die praktische Arbeit: Info-Stand-Aktionen im Stadtteil oder vor Schulen und Betrieben, Plakate kleben etc. Die frisch gegründete JRE-Gruppe in Aachen organisierte innerhalb von vier Tagen eine Protestaktion gegen ein Sommerfest der Republikaner in Alsdorf, an der 150 Leute teilnahmen. Jetzt gibt es auch eine Gruppe von JRE-Unterstützern in Alsdorf.

Ein vorläufiger Höhepunkt unsere Arbeit wird die von JRE organisierte internationale Demonstration in Brüssel am 24. Oktober sein, zu der die Mobilisierungsarbeit auf Hochtour läuft (Informationen dazu auf Seite 4).



JRE-Demonstration gegen ein Sommerfest der Republikaner am 12.9. in der Nähe von Aachen

Bei allen bisherigen Erfolgen ist das erst der Anfang. Ziel ist, in allen Stadtteilen, Schulen, Universitäten und Betrieben JRE-Gruppen aufzubauen und diese bundesweit und europaweit zusammenzufassen.

Wenn auch Du es nicht länger hinnehmen willst, daß die Rassisten und neuen Nazis ungehindert ihr Unwesen treiben können, dann mach mit bei JRE! Wenn JRE in Deinem Ort noch nicht existiert, können wir auch

Hilfestellung geben und Kontakt zu anderen JRE-Gruppen vermitteln.

Ulf Petersen, Köln
Mitglied im Organisationskomitee von JRE Deutschland

Jugend gegen Rassismus in Europa

Jugend gegen Rassismus in Europa bekämpft die Verbreitung von Rassismus in Europa und das Anwachsen der Rechten. JRE will eine möglichst breite Opposition gegen Rassisten und Faschisten mobilisieren und die Jugend Europas verbinden.

Wir sind uns bewußt, daß junge Leute auf die vergiftenden Ideen der Rassisten reinfallen können, wenn keine kämpferische linke Alternative angeboten wird. Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, sozialer Kahlschlag, zunehmende Perspektivlosigkeit für Jugendliche sind der Nährboden, auf dem Rassismus und Faschismus gedeihen. Deswegen wollen wir sowohl den Faschisten aktiv entgegenzutreten als auch die sozialen Ursachen bekämpfen.

Wofür wir kämpfen - Programm von JRE-Deutschland:

1. Gegen alle Formen von Rassismus und Nationalismus
2. Für gemeinsame Aktionen gegen rassistische und faschistische Angriffe, wie Schutz der Flüchtlingsunterkünfte vor Überfällen zusammen mit den Flüchtlingen; Mobilisierung gegen Nazi-Aufmärsche und Veranstaltungen
3. Gegen demokratische Rechte für Faschisten. Kein Vertrauen auf Polizei und Gerichte. Die Arbeiter-

und Gewerkschaftsbewegung muß mobilisieren, um die Faschisten am Aufbau ihrer Organisationen zu hindern, mit deren Hilfe sie unsere demokratischen Rechte zerschlagen wollen.

4. Für die volle politische und rechtliche Gleichstellung von Ausländern; Wahlrecht für Ausländer auf allen Ebenen

5. Gegen polizeiliche Aufrüstung, gegen Verschärfung des Haft-

und Strafrechts. Schluß mit der Schikanie von Ausländern und Jugendlichen, wie willkürliches Anhalten, Ausweiskontrollen und Durchsuchungen

6. Für bezahlbare Wohnungen für Deutsche und Ausländer; menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, kostenlose Sprachkurse für Ausländer

7. Gegen sozialen Kahlschlag durch die Regierenden: keine Kürzungen im Bildungsbereich, bei Jugendzentren und Freizeitangeboten

8. Für weitere Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, um neue Arbeitsplätze zu schaffen

9. Gegen die Rassisten in den Regierun- und Konzern-Etagen, die den Kampf der arbeitenden Menschen für Arbeitsplätze, Wohnungen und anständige Bezahlung spalten und ablenken wollen. Weg mit der Kohl-Regierung

10. Für den vereinten Kampf von Arbeitern und Jugendlichen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Ran an die von Banken und Konzernen aufgehäuften Gewinne - weg mit dem Profitssystem

11. Gegen die frauenfeindliche Ideologie der Faschisten; gleiche Rechte für Frauen in allen Bereichen

12. Für die Verteidigung des Asylrechts. Bekämpfung der Fluchtursachen, die in Verarmung, Kriegen und Ausplünderung vieler Regionen der Welt durch deutsche und internationale Großmachtspolitik liegen

13. Gegen das Europa der

Konzerne und Banken, das die Interessen der Arbeiter, Frauen, Ausländer und Jugendlichen mißachtet.

14. Für eine sozialistische Demokratie in Deutschland und Europa, in der die Bedingungen für die Ausbreitung von Rassismus, Arbeitslosigkeit, Armut und Krieg beseitigt sind.

Ich möchte...

- am 24.10 zur Demo nach Brüssel mitfahren.
- Mitglied bei JRE werden

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: JRE, Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1
Weitere Informationen auch über Redaktion VORAN,
Hansaring 4 5000 Köln 1, Tel.: 0221/13 45 04, Fax 0221/13 7280